

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Gasse Nr. 1/2,
und durch Kolportageur zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bringen 2.50,
frei ins Haus 2.92,
wo keine Post am Orte, 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühren beträgt
für die empfangliche Kolonialzeit
über deren Raum 20 Pf.
Kontingente 40 Pf.
Zusätzliche unter 20 Pf.
Interesse für Reichswacht 15 Pf.
Kontingente 25 Pf.
Zusätzliche 15 Pf.
Interesse für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 108.

Breslau, Freitag, den 10. Mai 1912.

23. Jahrgang.

Volkswehr anstatt der stehenden Heere!

Gegen die Wehrevorlagen sprechen heute Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus und im „Kronprinzen“ die

Reichstagsabgeordneten G. Bauer und E. Vogtherr.

Beginn 8 Uhr. Genossen, erscheint in großen Scharen!

Arbeit, Kleider, Küche, Kirche?

Der Lebenskreis der Frau ist einzustellen auf die vier A., auf Arbeit, Kleider, Küche und Kirche; Politik interessiert sie nicht, so lautet ein Wort, das von der deutschen Kaiserin stammen soll. Sicherlich haben wir nichts dagegen einzuräumen, wenn die Kaiserin für sich und ihre weltlichen Angehörigen in der angegebenen Weise das Tätigkeitsfeld abzugrenzen wünscht; die Proletarierinnen jedoch lehnen es entschieden ab, solche — nun sagen wir — eigenartigen, einer längst vergangenen Wirtschaftsepoche angehörenden Anschauungen als für sich maßgebend zu betrachten. Die Schule des Lebens hat sie längst gelehrt, daß ihr Interesse durch vielerlei Fäden verknüpft ist mit der Politik, mit ihren Maßnahmen und Einrichtungen. Die Zeit, in der der Einzelhaushalt eine kleine Welt für sich darstellte, in der die Frau waltete und sich auslebte, ist längst vorbei.

Die unauffhaltsam vorwärtsschreitende wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat dem Einzelhaushalt eine wichtige Aufgabe nach den anderen entzogen und sie zu einer gesellschaftlichen gemacht; sie hat der Frau damit ihre produktiven Arbeiten für die Familie und in derselben genommen und sie gleichzeitig hinausgetrieben in die Erwerbsarbeit.

Für die zehn Millionen erwerbstätiger Frauen wagen denn auch die vorpostelnden Spießer nachgerade nicht mehr ohne weiteres, das Interesse an der Politik zu leugnen, wenngleich sie noch keineswegs den Rechtsanspruch der politischen Gleichberechtigung des Weibes anerkennen wollen; aber den Hausfrauen muß nach Meinung dieser Allertüchtigen die Beschäftigung mit Politik ein Greuel und Schœuel sein.

Wie unrichtig das ist, könnten wir allein schon mit dem Hinweis auf die Zoll- und Steuerpolitik und ihren liberale schädigenden Einfluß auf den Haushalt nachweisen.

Heute möchten wir diesen Nachweis jedoch in anderer Weise erbringen. Man vergegenwärtige sich das folgende: Des Morgens verlassen der Mann und die erwachsenen Kinder das Haus, um der Erwerbsarbeit nachzugehen.

Der Mann geht vielleicht als Maurer auf den Bau, der Sohn in eine Tischlerei und die Tochter in eine Plättanfabrik. Alle drei werden an ihrer Arbeitsstätte von vielerlei Gefahren, die der Arbeit drohen, umlauert. Ein Sturz vom Gerüst kann dem Manne das Leben kosten, von der Werkzeugmaschine erfaßt, verliert der Sohn die Hand, ein ungeglückter Handgriff an der Bügelmaschine hat das Verdrüben der Hand zur Folge, das nicht nur äußerst schmerzhaft für die Betreffende ist, sondern auch leider zur Verkrüppelung der Hand führt.

Die Frau, die als Hausfrau daheim ihres Amtes waltet, wird deshalb, neben den Sorgen, die ihr auferlegt sind durch die Verantwortung für die Instandhaltung des Hauswesens, die Angst und die Sorge um Leben und Gesundheit der ihrigen tragen müssen. Sind es doch Hunderttausende an Opfern, die alljährlich auf dem Schlachtfeld der Arbeit fallen. Im Jahre 1909 verunglückten 654.834 Personen bei der Arbeit; von diesen küßten 9363 ihren Unfall mit dem Leben. 6372 Witwen hatten in der Folge den Tod ihres Gatten zu beklagen und 13.288 Kinder den Verlust ihres Vaters.

Industrie, Bergbau, Verkehr und Landwirtschaft fordern Jahr um Jahr Getatenden an Menschenopfern. In der Landwirtschaft verunglückten 1909 138.785 Personen; unter den Schwerverletzten wurden 1792 Kinder unter 16 Jahren gezählt und 18.236 weibliche Arbeiter.

Entsetzliches künden uns diese Zahlen! Sie erzählen uns von furchtbaren Qualen und Schmerzen, von zahlreichen vernichteten Existenzen, von unendlich viel zerstörtem Familienglück.

Bessere Unfallverhütungsvorschriften, eine öftere und gründlichere Ueberwachung der Betriebe, verkürzte Arbeitszeit für Mann und Frau, Verbot der Kinderarbeit, kurzum Ausbau des Arbeiter- und Arbeiterinnenschutzes, könnten vieles ändern, bessern, verhüten.

Daß dieser Ausbau erfolgt, möglichst bald, möglichst gründlich, das liegt nicht nur im Interesse der Arbeitenden selbst, sondern gleichermäßen im Interesse ihrer Angehörigen, das heißt die Frau hat nicht nur als Arbeiterin, sondern auch als Hausfrau, Gattin und Mutter das lebhafteste Interesse daran, daß der sozialpolitische Kampf in

etwas lebhaftere Bewegung kommt, daß mehr gesetzliche Bestimmungen zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeitenden geschaffen werden und besser für ihre Beachtung und Durchführung gesorgt wird.

Ein größerer Einfluß auf die Gesetzgebung, der durch den Besitz und die Ausübung des Frauenwahlrechts erzielt würde, ist also für alle Frauen von größter Wichtigkeit.

Die Erkenntnis dieser Tatsache muß die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse in hellen Scharen in die Frauenversammlungen treiben, die am 12. Mai, den „Frauentag“, in allen Orten Deutschlands stattfinden, und der Forderung des Frauenwahlrechts dienen. Die Frauen, die längst politisch mündig geworden sind, haben nachdrücklich ihre Mündigkeitserklärung zu fordern.

In Breslau beginnt die Kundgebung, wie schon erwähnt, abends 6 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses, und es ist die Genossin Lily Braun gern dem Rufe gefolgt, das Referat für unsere Demonstration-Versammlung zu übernehmen. Es dürfte ein Massenzug von Frauen nach dem Gewerkschaftshause stattfinden.

Im Landkreise Breslau finden in folgenden Orten Versammlungen statt: Friedewalde, Böpselwitz, Schmiedefeld, Mariaböschchen, Groß-Mochberg, Gräbchen, Gartlieb, Stabelwitz, Deutsch-Lissa, Zschonis, Kemmarkt, Moserwitz. In der weiteren Umgegend sind Kundgebungen für Trebnitz, Dels, Sundsfeld, Brelag, Ohlau, Strecklen, Wansin, Märzdorf, Gorkau, Neustadt, Meisse, Ziegenhals, Peifferswitz, Wlogau, Liegnitz, Sahnau, Damer und Freiburg vorbereitet.

Das Ende einer Partei.

Der Verzweilungskampf, den die sogenannte Reichspartei jetzt im Reichstage um die Anerkennung ihrer Fraktionsrechte kämpft, erinnert wieder einmal recht deutlich an den Wechsel alles Menschlichen und an die Götter, die den Hochmut rächen. Das hätten sich die Stumm und Kardoff nicht träumen lassen, daß wenige Jahre nach ihrem Tode von ihrer Fraktion nur ein kleines Grüppchen zurückbleiben werde, das man durch die Lüge betrachten muß, um zu untersuchen, ob es nun eigentlich noch eine „Partei“ sei oder nicht.

Die knifflige Frage, ob sich ein derartiges Grüppchen neben den Hospitanten auch noch „Zugezählte“ in Anrechnung bringen darf, um die stolze Höhe einer fünfzehngliedrigen Fraktion zu erreichen, mag hier gänzlich außer Betracht bleiben. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit oder des Mitleids. Darin aber, daß sich der Reichstag mit ihr am letzten Dienstag stundenlang zu beschäftigen hatte, liegt die parteigeschichtliche Bedeutung der Sache. Schon in der bloßen Zimmertung, ihr die Führung in den garter Fraktionsmitgliedern zu gestatten, liegt für die Reichspartei das Geständnis ihres politischen Bankrotts. Und wollte man ihnen auch unter so windigen Voraussetzungen den Eintritt in den Kommissionshimmel gestatten, so könnte es doch nur im Sinne des Dichterswortes geschehen:

Herbei, herbei, herein, herein!
Ihr schlatternden Lemuren,
Aus Wäldern, Sehnen und Gebein,
Geflüchte Halbnaturen!

Geflüchte Halbnaturen sind die Reichsparteiler, oder, wie sie sich im preussischen Abgeordnetenhaus nennen, die Freikonservativen, immer gewesen. Geheimräte und solche, die es werden wollten, Rittergutsbesitzer, scharfmacherische Unternehmer, Leute mit den verschiedenartigsten Tendenzen und Interessen, einzig allein zusammengehalten durch ihre grundreaktionäre Bestimmung, ihren fanatischen Haß gegen Arbeiterbewegung und sozialpolitischen Fortschritt, wie sie in der „Schlesischen Zeitung“ ihre Orgien feiert.

Entstanden war die Partei im Schicksalsjahre 1866 durch Abspaltung einer Gruppe von den Konservativen aus rein taktischen Erwägungen der Regierungspolitik heraus, der es erwünscht war, dem Mittelkonflikt ein Ende zu bereiten und zwischen Konservativen und Liberalen eine Brücke herzustellen. Das knorrige, politisch bekämpfenswerte, aber doch ästhetisch annehmbare Preuzentum der altkonservativen Junkerklasse stand dieser Zieten der Disziplinären Politik mit schöner Verständnislosigkeit gegenüber. Es bedurfte einer geschmeidigeren, diplomatischeren, von Ueberzeugungen weniger beherrschten Gruppe von Politikern, um den Liberalismus in die schwarz-weiße Hürde zu laden und das Parlament zum bloßen Sandlanger des

Reichstanzlers herabzudrücken. Dieser Aufgabe hat sich dann die Reichspartei mit viel Eifer und Geschick unterzogen. Sie ist, im Gegensatz zu den Konservativen, stets eine governmentale Partei gewesen, niemals hat sie zur Regierung in offener Opposition gestanden. Wo ihr die Politik der Maßgebenden nicht paßte, da hat sie es nicht mit offenem Widerstande, sondern mit der Intigue von hinten herum versucht, wie gegen die Kanalpläne Wilhelms II. und Posadowskys Sozialpolitik.

Ein Programm hat die Reichspartei jahrzehntelang nicht besessen, ebensowenig eine zentrale Organisation, die erst aus Anlaß des 10. Geburtstages der „Partei“ in Form eines Zentralauschusses ins Leben trat. Damals verfuhr man auch an Stelle der wechselnden Wahlaufsätze, die bis dahin das Programm trieben mußten, ein paar Vorkämpfer reichsparteilicher Politik zu formulieren, in denen es unter anderem heißt:

Die Reichs- und freikonservative Partei ist eine konstitutionelle Mittelpartei, welche stets bestrbt war, alle patriotischen Männer zur gemeinsamen Abwehr sozialistischer, radikaler und radikaltlicher Verbrechen zu sammeln. ... Sie hält fest an der glänzend erwährten Politik des glänzendsten Schutzes aller Rechte der nationalen Arbeit. Der Wahlspruch der Partei ist und bleibt: „Das Vaterland über die Partei! Tot und Lebende aller Interessen!“

Auf welche Art die Panzerplattenfabrikanten, Farbwerkbesitzer und Kolonialgründer, die in dieser Gruppe ihren Unterschlupf fanden, das Gemeintliche über die Sonderinteressen stellten, ist ein Kapitel für sich. Zufällig hat ja auch die Reichspartei niemals einen ernstlichen Versuch gemacht, ihrem wohlklingenden Programm in den breiten Massen Eingang zu verschaffen. Sie hat, ihrer Schwäche sich wohl bewußt, bei den Wahlen niemals Programmpolitik, sondern stets Personalpolitik getrieben. Ein im Kreise mächtiger Unternehmer oder Gutsbesitzer ließ sich auf Grund seines persönlichen Einflusses wählen und trat dann der Reichspartei bei. Ein Konservativer, der die Aufstellung eines liberalen Gegenkandidaten zu verhindern wünschte, oder sonst befürchten mußte, durch offenes Bekenntnis zu jenseitlicher Bestimmung seine Wählerkraft vor den Kopf zu stoßen, wie in Dels, maskierte sich als Reichsparteiler. Man handelte Wähler ein durch Abschluß von Wahlkartellen, man verhandelte Wähler, indem man in bisher reichsparteilich vertretenen Kreisen überhaupt keiner Kandidaten aufstellte. So wurde, um nur zwei charakteristische Beispiele hervorzuheben, 1907 der reichsparteiliche Kreis Norkenburg-Soyerswerda an den nationalliberalen Kaisermann abgegeben, während bei uns in Breslau der Reichsparteiler Züstel abfiel, nicht seinem Programm, sondern seinem fürstlichen Ansehen zuliebe, als Kandidat aufgestellt und von den Wochfreistimmigen auch richtig gewählt wurde. So hat es infolge derartiger Transaktionen wohl reichsparteiliche Abgeordnete gegeben, niemals aber reichsparteiliche Ueberzeugungen und reichsparteiliche Wähler.

Bei den letzten Wahlen hat sich das Geschäft nun derart verwickelt, daß es die „Partei“ nur noch auf 383.000 Stimmen brachte gegen 494.000 vor fünf Jahren und auf ganze 13 Mandate gegen bisher 22. Als fraktionsfähige Partei, die zu ihrer Anerkennung mindestens 15 Mitglieder bedarf, war die Reichspartei damit am Ende.

Es gibt Gegner, die man ungern aus dem politischen Leben scheiden sieht, aber die Reichspartei gehört zu ihnen nicht. Es wird vielmehr einen Akt der politischen Reinigung bedeuten, wenn bei den nächsten Wahlen, wie zu hoffen ist, auch die letzten kümmerlichen Reste dieser Partei beseitigt werden. Sie ist jetzt schon tot, und eigentlich hat sie auch gar nie gelebt.

Politische Ueberflucht.

Der neue Bürgermeister.

Nun hat sich Herr Reide doch vergebens bemüht. Sein Vorstoß gegen die Sezession und seine Lobrede auf die Hausagrarier haben ihm nichts genutzt. Ein Stärkerer ist über ihn gekommen, und Reide muß sich nach wie vor mit dem zweiten Platz begnügen. Ja, er will sogar gehen. Der ehemalige Reichsschatzsekretär Wermuth wird Oberbürgermeister von Berlin. Das steht seit der Ausschüttung vom Dienstag Abend fest, deren geheime Beratungen und Entschlüsse am Mittwoch Morgen durch die bürgerliche Presse bekannt gegeben wurden. Die drei bürgerlichen Parteien des Berliner Rathauses sind sich, von wenigen Outsiders abgesehen, über den Nach

folger des Herrn Richter einig. Damit ist eine Majorität sicher; die 40 Stimmen der Sozialdemokraten haben für den Ausgang der Wahl keine ausschlaggebende Bedeutung mehr.

Die liberalen Zeitungen sind von dem neuen Mann außerordentlich entzückt. Sie rühmen ihm ein starkes Verwaltungstalent nach, preisen seine besonderen Fähigkeiten auf dem Gebiete des Finanzwesens und versprechen sich viel von seiner Energie und Charakterfestigkeit. Wägen, daß Herr Wermuth alle diese Eigenschaften besitzt, aber ausschlaggebend für seine Wahl ist am Ende doch nur der Gegensatz gewesen, in dem er zu den schwarz-blauen Finanzkünstlern im Reichstag und Bundesrat getreten ist. Diese haben erst den ehemaligen Staatssekretär zu dem gemacht, was er heute in den Augen der Liberalen ist.

Nun sind wir die letzten, die nicht die Überzeugungsstreue anerkennen möchten, die Herr Wermuth in den Diskussionen über die Finanzierung der Verordnungen bewiesen hat; aber der Wermuth, der jetzt von der bürgerlichen Linken so gefeiert wird, rechnete doch mitverantwortlich für die Finanzreform von 1909 und er ist, so lange er den hervorragenden Posten bekleidet hat, Mitträger unserer rückwärtigen Finanz- und Wirtschaftspolitik gewesen. Uns will scheinen, als ob es reichlich vorzeitig sei, dies alles über den Kopf, der ihm seine Ministerstellung kostete, zu vergessen.

Dazu aber kommt, daß von dem Oberhaupt von Berlin nach andere Eigenschaften verlangt werden müssen, als lediglich vernünftige Ansichten über das Verhältnis von direkten und indirekten Reichsteuern. Die sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung ist nicht stark genug, um die Wahl eines Oberbürgermeisters durchzusetzen, der auf dem Boden des sozialdemokratischen Kommunalprogramms steht, aber die Erfüllung gewisser Mindestforderungen muß sie unter allen Umständen verlangen. Nur zwei seien hervorgehoben, die gerade in Berlin ihre große Bedeutung haben: der Oberbürgermeister muß ein Mann sein, der bereit ist, die Rechte der Selbstverwaltung mit Föhnen und Klauen zu verteidigen und auch in den Formalien der Würde der Stadt und ihrer Bürgerhaft nichts vergißt, und zum anderen ist es unumgänglich notwendig, daß er für die Fragen kommunaler Sozialreform weitgehendes Verständnis besitzt.

Die Freisinnigen sind von der Persönlichkeit Wermuths neuerdings so fasziniert, daß sie darauf verzichtet haben, in eine ernsthafte Prüfung seiner Qualitäten einzutreten. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion dagegen beschloß, wie uns das Pressebureau meldet, ihre Stellung zu der Kandidatur Wermuths von der Beantwortung einiger Fragen an ihn abhängig zu machen. Er soll sich äußern über seine Auffassung der Selbstverwaltung, über seine Haltung in sozialpolitischen Fragen und über die Art, wie er steuerpolitische Fragen in Zukunft behandeln will.

Die Kandidatur des anderen „gegangenen“ Staatssekretärs, des Herrn Dornburg, wird jetzt in Frankfurt a. M. und Breslau erörtert. Man weiß freilich noch nicht mit welchen Folgen.

Der voraussichtliche Oberbürgermeister von Berlin, Hoff Wermuth, ist am 23. März 1855 in Hannover geboren, studierte die Rechte und wurde 1891 Gerichtsassessor und 1892 Regierungsrat in Osnabrück. Schon im folgenden Jahre als Hilfsarbeiter in das Reichsamt des Innern berufen, wurde er, nachdem er 1893/94 Reichskommissar für die Weltausstellung in Melbourne und Reichskommissar für die Weltausstellung in Chicago war, 1895 Reichskommissar für die Weltausstellung in Chicago und 1900 Direktor im Reichsamt des Innern und Leiter der handelspolitischen Abteilung. Im Jahre 1904 übernahm er neben der Leitung dieser wichtigen Abteilung auch das Unterstaatssekretariat in diesem Reichsamt.

Oberbürgermeister Richter hat dem Stadtverordnetenvorsteher das Gehuch seines Rücktritts zum 1. September über-

reicht. Er ist angeblich mit der Nachfolgerschaft Wermuths sehr einverstanden, während Meißner, der zweite Bürgermeister, Rücktrittsgedanken hegt.

Namentliche Abstimmungen.

Die für den Mittwoch in Aussicht genommenen namentlichen Abstimmungen hatten bewirkt, daß die Wänke des Hauses stärker als in den Tagen vorher gefüllt waren. Vor diesen Abstimmungen aber mußte zunächst die Debatte über die Wilschenerfrage beendet werden. Die Gegner der Wilschener, die Redner der Konservativen, National-Liberalen und Freisinnigen, wußten nicht mehr viel Neues für ihren Standpunkt ins Treffen zu führen. Erzberger und unser Genosse David, die diesmal in gleicher Weise handelten, wußten die Scheingründe treffend zu widerlegen. Staatssekretär Dr. Solf tat das Klügste, was er tun konnte, er schwieg und ließ alle Angriffe unbeantwortet. Die Resolution der Budgetkommission, die die Gültigkeit der Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen in allen Schutzgebieten sichergestellt wissen will, wurde mit 203 gegen 133 Stimmen angenommen. Mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum stimmten auch einige Freisinnige, wie Wolfstein und Wilschener, die sich zu der Philosophie von der Herrenrasse noch nicht bekehrt haben.

Dann folgte die Abstimmung über die Änderungen der Geschäftsordnung. Alle Anträge der Geschäftsordnungs-Kommission wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die Konservativen vermochten mit ihren Anhängern nur 67 Stimmen gegen 268 zur Vertagung der angeblich bedrohten Kronrechte aufzubringen. Die neue Geschäftsordnung tritt sofort in Kraft. Am Freitag sollen die kleinen Anträge zum ersten Male beim Beginn der Sitzung gestellt werden — falls sie vorliegen. Die Frist für die Einbringung dieser Anträge ist diesmal sehr kurz bemessen. Sie mußten bis zum Schluß dieser Sitzung dem Bureau übergeben werden.

Daran schloß sich die Abstimmung über die Frage der Mindeststärke einer Fraktion. Die Reichspartei erlitt, wie vorausgesehen war, eine völlige Niederlage. Ihr Versuch, wenigstens bis auf weiteres mit Hilfe der „Ingezählten“ zur Fraktion zu werden, scheiterte mit 188 gegen 146 Stimmen. Freilich gelang es auch nicht, unseren Proporzalantrag durchzusetzen.

Zum Schluß wurde der Etat des Reichschatamtes in Angriff genommen. Eine Resolution unserer Fraktion, die die Unzulänglichkeiten und Härten bei der Einteilung der Drucksachen baldmöglichst beseitigen wünscht, wurde von Ebert mit einer warmherzigen Rede für die miltleren und unteren Beamten begründet und fand bei allen Parteien Zustimmung. Sie wurde denn auch schließlich beinahe einstimmig angenommen. Genosse Wolfstein nahm dann die letzte Tabaksteuerfrage und die Not der kleinen Tabakfabrikanten ziffermäßig festzustellen.

Das ergiebige Thema der Veteranenbeihilfen wurde am Mittwoch nur angeschnitten und soll Donnerstag weiter besprochen werden. Von unserer Seite wird dazu Genosse Schöpflin sprechen.

Verhänte und unverhänte Gegner des Koalitionsrechtes.

Das Gesamtpräsidium des Hansabundes hat eine „Nachprüfung“ der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen und der allgemeinen Bekämpfung des Terrors und Boykotts veranstaltet und veröffentlicht die Ergebnisse jetzt in der gestern mitgeteilten Denkschrift.

Der Hansabund beantragt zwar keine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen, er denkt aber auch nicht daran, irgendwelche Garantien gegen die Willkür der Polizeiverordnungen zu fordern, durch die das Streikpostenstehen in zahlreichen Fällen praktisch unmöglich gemacht wird.

Zunächst bleibt der Hansabund weit zurück hinter dem berühmten Herrn Tille in Saarbrücken. Der veröffentlichte jetzt einen Vortrag, den er auf der Hauptversammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände über das Koalitionsrecht gehalten hat. Schon der Name, mit dem er die Koalition belegt, kennzeichnet seine Stellung; er spricht von der Vereinigung zur Wirtschaftsförderung und Vorteilsverpfehlung.

Nach seiner Meinung ist die Koalitionsfreiheit die Freiheit, sich zusammenzuschließen, um von Seiten der gewerblichen Lohnarbeiter Erpressungen gegen den Unternehmer anzugehen, nur eine Ausnahmebestimmung von dem allgemeinen Erpressungsverbot. In Bezug auf das Koalitionsrecht spricht Dr. Tille an einer anderen Stelle weiter von dieser Form des Erwerbs, sich außerhalb des friedlichen Wirtschaftlebens und außerhalb der ethischen Berufstätigkeit durch Erpressung eine Veränderung seiner Einkommensverhältnisse zu verschaffen, und nennt diese eine „Abnormität“, eine „Abnormalität“ und eine „unmoralische Handlung“. Es ist ein großer Fehler des deutschen Unternehmertums, daß es sich nicht dauernd auf der Ansehbarkeit gehalten habe, daß der Streik unter allen Umständen eine unethische Erscheinung und eine verwerfliche Form der Erpressung gewesen sei.

Herrn Tilles Ansichten haben ja keine unmittelbare Aussicht von der Gesetzgebung akzeptiert zu werden, aber daß die organisierten Arbeitgeber sich diese an Wahnsinn grenzenden Scharfmachereien vortragen lassen, verdient auch schon bemerkt zu werden.

Braunweinsteuerkommission.

Die Mittwochliche der Braunweinsteuerkommission begann mit einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. Das ist nicht erstaunlich bei der höchst verwinkelten und mangelhaften Geschäftsordnung durch den Kommissionsvorsitzenden, den Zentrumsbekanntesten Dr. Lehner. Die Mehrheit beschloß zunächst auf seinen Vorschlag, entgegen der sozialdemokratischen Auffassung, die Änderungsanträge zum geltenden Braunweinsteuergesetz zurückzustellen und bei dem jetzigen Entwurf erst unter dem vierten Abschnitt zuzulassen. Diese Zurückweisung der Materie ist natürlich aus naheliegenden Gründen völlig verfehlt, und schon im Laufe der Verhandlung zeigte sich, daß sie sich gar nicht durchführen ließ. Auf jeden Fall war aber die Debatte unnötig erschwert worden.

Bei den §§ 10, 11 und 12, die sich auf den Durchschmittbrand beziehen, beantragten die Vorsitzenden die Vereinfachung der ganzen Darstellung und stellten zugleich eine Reihe von Ergänzungen. Sozialdemokratische Anträge wählten in die §§ 11 und 12 des Entwurfs eine Verabfolgung der zehnjährigen Frist und die Gleichstellung der gewerblichen mit den landwirtschaftlichen Brennereien. Dr. Abg. Sped (Zent) und Dietrich (Nost.) wandten sich gegen alle diese Anträge, wobei der Abg. Dietrich das künstliche Simulieren der Preise noch besonders zu rechtfertigen versuchte. Genosse Tr. Süßel im trat für den Antrag auf Vereinfachung des Durchschmittbrandes ein und wies besonders darauf hin, daß die angebliche Aufhebung der Liebesgabe bloße Fiktion sei, solange der Durchschmittbrand und der Vergütungsweg im Gesetz bleiben. Denn solange wird die Steuer abgehoben.

Bei dieser Gelegenheit entwickelte sich auch eine längere Diskussion über die gesundheitsgefährlichen Einflüsse des vollständig vergällten Spiritus auf die Arbeitsverhältnisse zum Beispiel in den Lacksfabriken. Die Verteidigungsversuche eines Regierungsberichterstatters wurden vom Genossen Wurm sehr erwidert zurückgewiesen.

Inzwischen hatte der konservative Meißner noch einen Antrag auf Verordnung der landwirtschaftlichen Kartellstreikverboten in Aussicht genommen. — In der Abstimmung wurden sämtliche Änderungsanträge zum Absatz abgelehnt, regelmäßig gegen die 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler, denen sich der National-Liberale Meißner angeschlossen. Für den Antrag Meißner stimmte, nachdem die Worte „landwirtschaftliche Kartell“ gefallen waren, nicht einmal der Antragsteller Meißner selbst, dann auch der Parteiführer für Ostpreußen Meißner.

Bei § 13 wurde dann der Antrag auf Aufhebung der Vergällungspflicht behandelt. Die Abg. Schmidt (Nost.) und Wurm (Zent.) verteidigten insbesondere die Rechte der Elbgenossenschaft. Staatssekretär Meißner war mit diesen Anregungen naturgemäß nicht einverstanden. Genosse Wurm wandte sich auch gegen die Ausdehnung der Vergällung des Bundesrats, bis doch nur einer Stärkung der Zentralgewalt gleichkomme. Er setzte ausführlich auseinander, daß unsere Ver-

Der Vogt von Sht.

Erzählung von Theodor Mügge.

„Dein letzter Brief, Jens“, schrieb die Mutter, „hat uns gar wenig Freude gemacht. Es war so viel Mitleid und Unzufriedenheit mit dir selbst darin, daß Lorenz Leve, der ihn uns vorlas, bei einem Kopfschütteln blieb. — Geht acht, Gevater“, rief er, „Jens ist ein großer Herr geworden, und kann ein noch größerer werden, aber es wird am Ende doch nichts daraus. Er ist nicht dazu gemacht, sich zu bücken, zu schmeicheln und zu fügen, sich rot und weiß anzusehen, wie ein echter Dandysmann und uns mit streifen zu helfen, wie ein solcher es rechtchaffen tun muß. Es liegt ein Stein in seinem Wege; wills Gott nicht, daß er die Weine daran gerührt.“

„Dein Vater sprach etwas dazu von Untieren, auf welchen dein Schiff liege, und von Wellen, die dein Boot wegflügen; aber, lieber Jens, ich weiß es besser, was dir fehlt. Es liegt bei dir im Herzen. Ich sehe es in jedem Wort, es ist etwas, was dich bange macht. Du könntest allen Glauben und Mut zum Leben verlieren und meinen, es gäbe niemand mehr auf Erden, der an dir febltelle mit Liebe und Treue. Wenn es das ist, Jens, so komm zu uns, mein Sohn. Ein Mutterherz ist treuer, als man sich denken kann, und da ist keiner hier, der nicht Liebe und Trost, klare Augen und reinen Sinn für dich hätte. Komm nach Sht, mein geliebtes Kind. Es ist mir, als wärest du krank geworden bei den vornehmen Leuten, und müdest gesund werden in unserer grünen Wäldchen auf Park und Dünen.“ — Unter Vogt ist endlich geklopft. Vielleicht macht sie dich dazu. O, Jens, wenn ich daran denke, daß alles in mir vor Freude ist, der Vogt von Sht! Du, unser erster Mann im Lande, geehrt von allen, geliebt von deinen Mitbürgern. Was kennst du alles geistlichen von dir zu Gilt und Beförderung. Wenn dich die Tünen in Alpenbergen zum Minister machten, oder mehnehen gar zu ihrem König, es wäre mir wahrlich nicht halb so lieb, als wenn mein Jens Vogt von Sht würde und wiederläme, um mit uns zu leben.“

„Hal“ rief Lorenz, indem er den Brief finken ließ. „Wäre es das, was übrig blieb von meinem Ehrgeiz; und dennoch — a wie wahr, wie gut ist dieser Brief, wie treu bekennt mich jedes Wort an. Wärdst könnte ich mich teilen mit meinem hundert Setzen als zu dir, meine Mutter, in das Land meiner Wälder, in das Land meiner Sehnsucht, dem ich alles opfere, was ich habe.“

„Der Staatsrat!“ sagte Lorenz überrascht. „Ich komme selbst“, erwiderte Hammerstein, „um Ihnen, mein lieber Staatsrat, für Ihr Schreiben zu danken.“

„Es war das letzte, was mir übrig blieb, nachdem ich getar hatte, was ich meinen Grundfäden, meiner Ehre und Pflicht nach tun mußte“, sprach Lorenz.

„Ein Wort mehr darüber, liebster Freund“, rief der Baron ihm freundlich die Hände brühdend. „Sie haben entschieden. Die Sache ist beendet. Man kann streiten und leiten, so lange die Verhandlungen offen sind, aber nichts ist wichtiger, als gegen verhandelt. Talsachen noch Einwendungen machen zu wollen. Ein fait accompli ist das Siegel unter jedem Dokument, es läßt sich nichts mehr dagegen sagen; die Folgen nimmt jeder auf seine eigene Rechnung. Aber“, fuhr er dann ebenso lächelnd fort, wie in den Tagen der besten Liebeserzählung, „Sie haben Ihre Sache vorzüglich gemacht, ich muß Ihnen meine aufrichtige Bewunderung sagen. Der König hat von Ihnen die stärksten Dinge gehört. Sie haben ihm gesagt, was noch nie einer ihm gesagt hat; dennoch ist er Ihnen so gewogen, wie je zuvor. Er nannte Sie heute noch einen aufrichtigen, handhaften Mann von Geist und Charakter. Wie es wenige gibt, der selber nur durch seinen Standpunkt nicht ferne hier zu gebrauchen sei. Verzeihen Sie die Gnade Sr. Majestät und tragen Sie recht bald auf Verückung nach Schleswig, Glückselig oder Aiel an.“

„Ich werde dem Könige heute noch ein Besuch erwidern.“

„Sehr gut“, sagte Hammerstein, „aber es ist für den Augenblick erlassen lassen. Sie sehen, er hat selbst schon daran Gedacht, Ihren Wünschen zuvorzukommen.“

„Ich will den edlen Freunden, die für mein künftiges Wohl so besorgt sind, die fernere Mühe ersparen“, erwiderte Jens lächelnd. „Der Vogt von Sht ist geworden, ich wünsche kein Nachfolger zu werden.“

Hammerstein sah ihn erwidern an. „Der Vogt von Sht ist ein sol“, sagte er, „aber das ist eine Subalternstelle von geringer Bedeutung. Was wollen Sie damit? Der König denkt daran, Sie als Staatsrat in die Kaiserlich-königliche Regierung zu bringen, als Überregierungsrat Ihnen einen ständigen und höchsten Wirkungskreis zu verleihen, und wahrlich, ich sollte denken, ein Mann, der um seines Vaterlandes Rechte so viel getan hat, würde lieber in der Landesregierung Platz nehmen, als in dem eben erwähnten bei Dauern und Klütern zu sitzen.“

„Dennoch ziehe ich dies vor“, erwiderte Lorenz. „Als Vogt von Sht bin ich der Erste auf der Insel und kann mit Rat und Tat wenigstens in bescheidenem Kreise meinem Volke heilsamen. Als Mitglied des Regierungskollegiums kann ich nichts als Beschlüsse unterschreiben, und wie Sie am besten

wissen, Herr Staatsrat, kann die Regierung eben nichts tun, was in Kopenhagen nicht vorher wohl überlegt und approbiert worden ist.“

„Sie sind reich an überraschenden Entschlüssen“, lachte Hammerstein. „Es wird auffallen, daß ein Mann wie Sie, der heute im Cabinet sitzen könnte, wenn er gewollt hätte, so beschließen in seinem Ehrgeiz ist, um Vogt von Sht werden zu wollen. Es ist etwas von Römertugend darin. Man könnte denken, es ließe auch bei Ihnen, lieber in Masilla der Erde, als in Rom der Zweitel. — Nun, wie Sie wollen, man wird Ihre Bitte nicht abschlagen, oder jedenfalls werden Sie gut tun, auch in Sht immer mit einem Auge nach Kopenhagen zu sehen, da Sie überaus sein können, daß Sie hier ein zu gutes Andenken hinterlassen, um verlesen zu werden.“

Er sprach die letzten Worte schon fast ohne und nicht Lorenz leicht zu. — „Ich danke Ihnen, Herr Staatsrat, für diesen freundlichen Rat“, erwiderte dieser.

„Nebenfalls kommen Sie bedeutend besser fort, wie unheimlicher Brand“, sprach der Baron weiter. „Der gute Name, merke hat sich, Gott weiß von welcher Tarantel gefressen, beriechen lassen, dem Könige eine Denkschrift an übergeben, ganz im Sinne des jungen Dänemark, voll würdiger Forderungen. Sie soll vorzüglich geschrieben sein, stilklich ein wenig persönlich. Es ist schade, daß der König sie in seiner ersten Heftigkeit ablehnt und dem unglücklichen Branden vor die Füße geworfen hat.“

„Der Kammerherr hätte sie dort nicht liegen lassen sollen“, sagte Lorenz.

„Ich meine, er war sehr froh, als er wieder in freier Luft war“, rief der Staatsrat. „Er wird seine Freiheit jetzt im reichen Maße genießen können. Der König hat ihm denn doch Kammerherrnämter abnehmen lassen und ihm befohlen, wo es ihm beliebt, weitere Studien über Danmarks Staatsleben zu machen, nur nicht in Kopenhagen und in Seeland. So ist er denn im Begriff, heute Abend auf seine Güter nach Köthen zurückzukehren und wird Sie begleiten, die mit einer achtbaren Gesellschaft, unserer würdigen Cousine Wilschener ebenfalls auf dem Weg sind. Sie werden dort erholen werden. Der erste Brand ist er, als Lorenz schloß. „Sie wissen, wie sehr er Einzelgänger ist. Es ist für ihn der größte Trost in ihrer Gesellschaft zu bleiben, um postendere Charaktere kann es nicht geben. Beide von demselben Ideen erfüllt, beide so harmonisch durch Gemüt und Geist verbunden. Ich hoffe, wenn ich in einigen Monaten sie aufsuche, ein höchst glückliches und ein reichliches Mäßen zu finden.“

„Ein höchst glückliches Mäßen“, wiederholte Lorenz, „in dem er alle Bewegung des Tages. Ich zweifle nicht daran.“

Verordnungen darin gebe, wieder einen freien Markt zu schaffen, der auch für die kleinen landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Besserung bringe. Deshalb richten wir uns in unseren Anfragen gegen jegliche Verstaatlichung.

Nach längerer Debatte wurden alle Abänderungsanträge abgelehnt. Aber auch der § 13, also die Regierungsvorlage selbst, fiel.

Wehrvorlage und Militäretat in der Budgetkommission. Die Kommission beruhte in der Mittwochs- und Donnerstag-Verhandlung der Wehrvorlage. Für einen in Saarbrücken zu konstituierenden Armeekorps wurden 15.800 Mark Miesentischdigung gefordert. Derart hohe Entschädigungen wurden lebhaft kritisiert und schließlich statt der geforderten 15.200 nur 12.600 Mark bewilligt. Bei den Forderungen für Bauten für die neuen Truppenteile verfuhr die konservative Abgeordnete Grähler für seinen Wahlkreis Garnisonen zu erlangen, fiel mit diesem Versuch jedoch unglücklich ab.

Bei der Beratung des Militäretats führte die Forderung, für zehn weitere Bezirkskommandos Obersten statt bisher Stabsoffiziere als Kommandeure zu bewilligen, zu einer lebhaften Aussprache. Der Kriegsminister begründete die Forderung damit, daß an diese Kommandostellen ehemalige Regimentskommandeure aus Gründen der Mobilmachung gestellt werden sollen, dann aber auch, um ältere und erfahrenere Offiziere dort zu haben. Es müsse zugegeben werden, daß Bezirkskommandeure sehr oft daneben hängen; dem soll möglichst vorbeugt werden, was durch die Verweisung der erfahrenen Regimentskommandeure geschehen könne. Die Kommission ließ jedoch diese Gründe nicht gelten; sie trug sich mit dem von den geforderten Obersten. Klage wurde darüber geführt, daß Referenten zum Dienst in den Bezirkskommandos einberufen werden, lediglich um Befehlshaber von Haus zu Haus zu tragen. Die Verwaltung verpöndelt eine Veränderung einzutreten zu lassen. Zur Beschaffung von Naturalien (Brotgetreide, Butter, Wein, Straß) wurden 77.413.161 Mark angefordert; 12.624.853 Mark mehr als im Vorjahr. Nach der Uebersicht dieser enormen Ausgaben erklärte die Militärverwaltung, die wesentlichen gestiegenen Preise seien Schuld an der Erhöhung der Ausgaben. Die Ueberschuldung kommt auch bei der Zuspänerückführung finanziell recht scharf zum Ausdruck. Empfohlen wurde, die Verwaltung solle in höherem Maße bei den landwirtschaftlichen Produzenten direkt einkaufen, statt sich der Händler zu bedienen, die höhere Preise fordern. — Die Weiterberatung wurde sodann auf Donnerstag vertagt.

Die Wahlprüfungs-Kommission schloß am Dienstag die Prüfung der Wahl des Abg. Kopsch in Eisenberg fort. Es soll bei den betreffenden Behörden Auskunft darüber eingeholt werden, wann und aus welchen Gründen die Nachträte in den Wahlkreisen erloschen sind. Wenn weiter die im Vorjahr behauptete Beeinflussung der Beamten und Arbeiter des Bahnhofs Kreuzeberg durch den dortigen Bahnvorsteher tatsächlich erfolgt ist, wird die Majorität für Kopsch, die 107 Stimmen beträgt, erklärt. Deshalb beschloß die Kommission einstimmig, den Reichstag über die Gültigkeit der Wahl auszufragen und Beweise zu erheben. — Wie schon berichtet wurde, haben die Protokollrevisoren 17 Punkte des Protokolls gegen die Wahl des Abgeordneten Pauli (Bagenow) zurückgezogen. Die Kommission verhandelte nun mehr als zwei Stunden über die Frage der Gültigkeit der Zurückziehung einzelner Punkte oder auch des ganzen Protokolls, nachdem darüber bereits Reichstag gefast worden ist. Wie der Referent berichtete, hat der Reichstag bisher über die Frage nur immer von Fall zu Fall, und deshalb auch nicht einheitlich, entschieden. Die Diskussion wurde schließlich auf die nächste Sitzung vertagt.

Ein Zentrumsgeneral für den preussischen Landtag. Das Zentrum hat als Nachfolger für den Oberlandesgerichtsrat Noeren im Landtagswahlkreis Trier den früheren Kommandanten in Vöden General a. D. Stetinaecker-Verlin aufgestellt. Dieser General kann dem Zentrum in Militärfragen deshalb nicht unbrauchbar werden, weil solche Fragen im preussischen Landtag nicht zur Erörterung gelangen. In der Zentrumsfraktion des Reichstages hat bekanntlich auch ein General, Herr Häußler, den man aber vollkommen kassiert hat, weil er vor ein paar Jahren für die Verabreichung der Dementi bei der Kavallerie eingetreten ist. Seit dieser Zeit durfte Herr Häußler nicht mehr zum Militäretat sprechen, das Zentrum hat ihn auch nicht mehr als seinen Vertreter in die Budgetkommission entsandt, und bei der Beratung von Militärangelegenheiten in dieser Kommission hat nun General Häußler beiderseits am untersten Ende der langen Tafel und markiert dort den Zuschauer.

Am dem sächsischen Landtag. Nachdem am Montag der Landtag bis nachts um 2 Uhr getagt und 28 Punkte erledigt hatte, stand am Dienstag wieder eine sehr reichhaltige Tagesordnung an. Unter anderem stand auch das Kapitel „Auswärtiges Amt“ und Geländeschutz zur Beratung. Die Genossen Sandermann und Aem forderten die Aufhebung dieses Amtes und behaupteten vor allem die Unverhältnißmäßigkeit der einzelnen Geländeschutzstellen. Dabei kam es auch zu einer Auseinandersetzung über das Verhalten der sächsischen Regierung den neuen Preeres- und Deckungsanträgen gegenüber. Der Minister verlas eine lange Erklärung, worin die Regierung sich gegen den Vorwurf verwehrte, daß sie eine zweifelhafte Stellung zur Erbschaftsteuer eingenommen habe. Sie habe ihre Stellung eingenommen, um die bürgerlichen Parteien nicht untereinander zu bringen, sondern sie zusammenzubringen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Weiter stand das Kapitel Dresdener Journal und Leipziger Zeitung zur Verhandlung. Die Sozialdemokraten, Freisinnigen und einige Nationalliberale verlangten das Eingehen der Leipziger Zeitung. Genosse Meißner übte scharfe Kritik an dem Inhalt dieser Zeitung, die sich der größten Schamlosigkeit schuldig mache. Schließlich wurde mit 34 gegen 22 Stimmen das Kapitel genehmigt.

Zur Stichwahl in Ravel-Fever. Alle Anstrengungen werden von nationalliberaler Seite ausgeübt, um zu verhindern, daß der 111. Sozialdemokrat in den Reichstag zieht. Am Dienstag hat sich auch die nationalliberale Reichstagsfraktion für den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Wiemer ins Zeug gelegt und nachstehendes Telegramm abgefaßt:

„Herrn Dr. Bartowski, Ravel (Widener).
Für die bevorstehende Stichwahl können wir unsere dortigen Parteifreunde nur dringend bitten, alle etwa vorhandenen Stimmen und Vermittlungen beizubringen und einmütig für Herrn Dr. Wiemer einzutreten. Mächte dieser Natur sind in letzter Stunde nicht unbeachtet zu verhalten. Wir bitten um Veröffentlichung dieses Telegramms in der dortigen Presse und mögliche Verbreitung unter den dortigen Parteifreunden. Der Vorstand der Nationalliberalen Reichstagsfraktion.
Wassermann. Brina, Carolath.“

Das Telegramm wird dazu beitragen, daß auf unserer Seite um so mehr dahin gearbeitet wird, den 111. Genossen doch in das Haus am Röntgenplatz zu bringen. Die Wahl ist erst heute Donnerstag und inzwischen hat auch die nationalliberale Landtagsfraktion noch ein Telegramm in den Kreis gesandt.

Ein schießender Scharmacher. Aus Nachen wird vom 7. Mai gemeldet, daß dort am Abend des 6. Mai der Gießereiarbeiter Karl von der Peden den an seiner Fabrik zufällig vorbeigehenden Tagelöhner Spöck erschoss. Der Herr beteuert mit, er habe nur einen Schreckschuß abgegeben beabsichtigt, um Ansammlungen vor seiner Fabrik, die angeblich durch strellende Gießereiarbeiter erfolgt sein sollten, zu verhindern. Von der Peden wurde verhaftet und eingehenden Verhören unterzogen.

Wir wollen abwarten, was für eine Strafe den Herrn Gießereiarbeiter treffen wird, der mit scharfen Patronen Schreckschüsse abgegeben haben will!

Die Verstaatlichung gegen die Unbotmäßigen. Das Reichstagshaus erledigte am Mittwoch die Vorlage über die Eingemeindung eines Vororts nach Trier durch Ueberweisung an die Kommission und das Wegerungsverzeichnis. Dann begann die erste Lesung der neuen Germania-Entscheidungsvorlage, die abermals hundert Millionen für die — Verstaatlichung von Vöden und Tannen von ihren Wohnorten nach den westlicher oder östlicher gelegenen Gemeinden regulieren will. Zur Begründung dieser Verstaatlichungsvorlage“ berief sich der Landtagsminister unter anderem auf die das geheime Wahlrecht jährlam illustrierende Behauptung der „Nationalen Volkszeitung“, daß die Vöden in Westfalen bei den Reichstags-Wahlwahlen rot gestimmt hätten! Das soll ein Argument sein, die von den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen mit Durva beehrte Vorlage lehne, die sich auf die Ost- und Nordmark und angrenzende Gebiete bezieht. Er gab übrigens zu, daß alles nur Strafe sein soll.

Nur der Fortschrittler Wolff-Bissa erklärte, daß er Ausnahmegehalte, noch dazu währungslos, ablehnen müsse und der Vöde v. Tramezonski wies blödig nach, daß die Vorlage der Reichsverfassung widerspricht, die jedem Deutschen das Recht, Vöden zu besitzen und zu erwerben, im ganzen Reiche „höher“. Auf dem Punkte...

Genosse Vorwärts hielt eine scharfe Rede gegen die ganze heillose Vödenpolitik, wobei er auf das Recht der Junker und Schlotbarone, sich als die Vorführer der „Nation“ aufzuspielen, nach Gebühr beendete. Weiterberatung Donnerstag.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig. In der Mittwochs- und Donnerstag-Verhandlung des braunschweigischen Landtages wurde der Antrag der Kommission in eine zweite Lesung über die Wahlrechtsreform nicht eingebracht, angenommen. Die Regierung erklärte hierauf bis auf weiteres die Vertagung des Landtages. Inzwischen mit die Regierung neues Material für eine neue Wahlrechtsreform sammelt.

Unerhöhte Zensur der Post. In Weimar (Rheinland) wurde dem Abender einer Ansichtspostkarte diese wieder zurückgegeben mit dem Vermerk: „Unzulässig, zurück!“ Weshalb? Die Rückseite trug das bekannte Bild des französischen Künstlers Dore, die Marxklasse. Es ist das die Nachbildung eines hervorragenden Kunstwerkes und hunderttausende dieser Karten sind schon in allen Kulturländern durch die Post verbreitet worden, ohne daß der Staat dadurch schrunde gegangen ist.

Die Post sollte sich hüten, nach den Mustern der preussischen Postämter anderer Städte die Zensur zu üben, sie hat nicht das Recht, Postkarten von der Beförderung auszuschließen, sofern es sich nicht um pornographische Zeichnungen handelt; vor allem aber hat sie die Hand von Kunstwerken zu lassen, wie die Marxklasse von Dore eine ist.

Ausland.

Die Gemeindevorwahlen in Frankreich. Aus den Provinzen liegen nunmehr einige nähere Berichte vor. Da die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nur langsam fortschreitet, haben auch die Wahlen nur geringe Veränderungen gebracht. Die gemäßigten Sozialisten eroberten die Mehrheit in Limoges, der Hauptstadt des Departement Ober-Loire im westlichen Frankreich, einer Industriestadt von 90.000 Einwohnern, die früher durch ihre Frömmigkeit berühmt war. Vor der Revolution gab es dort über 40 Klöster und nicht weniger als 4 Pfründe und 60 Ställe sind aus ihr hervorgegangen. Vorhaupt wurde die Mehrheit in Carmanz (Departement Tarn, Südfrankr.), Dijon (Cote d'Or, Ostfrankr.), Lens (Pas de Calais, Nordfrankr.), Montceau (Saone et Loire, Ostfrankr.) und Narbonne (Aude, Südfrankr.). Dagegen wurde St. Quentin verloren, eine namentlich textilindustrielle Stadt von 51.000 Einwohnern im Departement Aisne, Nordost-Frankreich. Lille, das schon früher verloren ging, wurde nicht zurückgewonnen. Dagegen sind an anderen Orten Gewinne zu verzeichnen. Von den Pariser Vororten, deren mehrere sozialistische Verwaltungen haben, wird aus Bre St. Gervais und Butteaux der Sieg der ganzen sozialistischen Liste gemeldet, während an mehreren Orten Teilerfolge oder glänzende Stichwahlen gemeldet werden. Auch in Nimes, der Hauptstadt des Departement Gard (Südfrankr.) mit 80.000 Einwohnern, soll sichere Aussicht auf Sieg im zweiten Wahlgang vorhanden sein.

Frauenkandidaturen in Paris. Bei den französischen Gemeindevorwahlen, die am 5. Mai stattfanden, traten wieder zwei Frauen als Kandidatinnen auf. Fräulein Renaud und die bekannte Adolaine Dr. Velleter. Dr. Velleter war die erste Frau in Frankreich, die bereits vor einigen Jahren auf die gleiche Art Propaganda für das Frauenstimmrecht machte. Sie hielt Wahlveranstaltungen ab, genau wie die männlichen Kandidaten, obwohl die Frauen weder aktives noch passives Wahlrecht zu den Gemeindevorwahlen haben. Diesmal wurden beide Frauen von der sozialistischen Partei aufgestellt. Fräulein Renaud erhielt 492, Dr. Velleter 148 Stimmen.

Die französischen Verstärkungen für Marokko. Die schon mehrfach erwähnten Verstärkungen für Marokko werden weit umfangreicher sein, als man zunächst angenommen hatte. Der General Motier wird sich in der Zeit vom 10. bis 24. Mai an der Westküste Marokkos befinden, wo ein Bataillon Gebirgsartillerie, drei Bataillone algerischer Schützen sowie zwei Bataillone afrikanische Jäger zu ihm stoßen werden. Ferner werden in Casablanca am 20. Mai zwei Bataillone heimischer Truppen, die jetzt in Dakar zusammengefaßt worden, eintreffen. Sodann werden die drei Bataillone, die jetzt in die Heimat zurückkehren sollten, bis auf weiteres in Marokko verbleiben. Der General wird also in Zukunft über 29 Bataillone gegen 22 bisher verfügen, wodurch sich seine Streitkräfte von 27.000 auf 33.000 Mann erhöhen. In der algerischen marokkanischen Grenze wird ebenfalls ein Bataillon Infanterie zur Verstärkung eintreffen, so daß sich die dortige Truppenmacht dann auf 11 Bataillone stellen wird.

In der Pusanität erhebt Jaures von neuem sehr heftige Anklagen gegen die Urheber der marokkanischen Invasionen politisch Frankreichs. Diese hätten unzulässig wiederholt, daß der Sultan und alle ausgewählten Marokkaner aus eigenem Antrieb die Franzosen in das Land gerufen hätten, und jetzt läßt man, daß das bloße Protektorat einen allgemeinen Unfrieden entsetze. Ihr Faktum kann ich habe fortwährend Frankreich getaucht um eine Anzahl unglücklicher Franzosen hätten diese unheilvolle Klage mit ihrem Leben bezahlt. Unter dem Vorwande, daß man den Unfrieden unterdrücken müsse, werde man jetzt tausende von Marokkanern niederzurochen, deren Verbrechen einzig darin bestehe, daß sie zur Gewalt ihre Zuflucht nahmen, um ihre Unabhängigkeit zu verteidigen.

Kriegsgegen Militärismus. In Belgien hat der Verein gegen Hierarchie das Kriegsministerium aufgefordert, den für dieses Jahr wieder geplanten „Mars“ (Militär) von Offizieren zu verbieten. Der Verein weiß auf die Bewaffnung hin, die bei dem vorigen Mars stattgefunden haben. Befehl seien sie nicht worden, da es sich um ausländische Offiziere gehandelt habe. So ist das Gekoch mit Füßen getreten worden. Das dürfte sich nicht wiederholen. Aussicht hat das Gekoch kaum. Warum sollen es die Pferde besser haben als die Menschen, die dem Militarismus geopfert werden?

Neue Mission der italienischen Kriegsschiffe. Die Donauer „Dalla Mail“ berichtet aus Konstantinopel, daß gestern in der Nähe der Insel Chios 13 italienische Kriegsschiffe gelehrt wurden. Man erwarte eine Befehung der Insel. Gerüchtesweise

verlautet, daß 18 italienische Kriegsschiffe vor der Insel Samos erschienen sind.

Stürmer Niederlage der Italiener auf Rhodos? Der türkische Minister Zaimi teilte privatim eine Teilsche des Waks von Smyrna mit, in der gemeldet wird, daß nach einem Telegramm des Kommandanten von Macmarina die türkischen Truppen auf Rhodos die Italiener zurückgeschickten und 1000 Gefangene gemacht haben. Die Italiener sollen zahlreiche Löse verloren haben.

Daher wird die italienische Regierung die Gefangenenahme des Waks von Rhodos. Der Torpedoboots-zerstörer „Dino“ habe im Hafen von Smyrna den Waks und zwei seiner Betreuer, die sich eben an Bord, die Insel zu verlassen, gefangen genommen. Sie werden nach Ankon gebracht. Weiter wird gemeldet, daß vier türkische Linien und 18 reguläre türkische Soldaten sich bei Rhodos den Italienern ergeben haben.

Vertagung des ungarischen Abgeordnetenhauses. Das ungarische Abgeordnetenhause wegen der zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien eingeleiteten Verständigungsverhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Agrarunruhen in Mähren. Aus Minsk wird gemeldet: Infolge von Agrarunruhen übersiedeln Bauern aus der Gemeinde Broditz im Bezirk Minsk das Haus des Hofkassierers. Als Polizei herbeieilte, leisteten die Bauern Widerstand. Ein Bauer wurde getötet, fünf wurden verwundet.

Weitere Gemeindevorwahlen in den Vereinigten Staaten. Das Kennzeichen unserer Fortschrittler ist der immer häufiger sich vollziehende Zusammenschluß von Republikanern und Demokraten gegen die Sozialisten. Haben sie doch sogar schon für die Republikanervorwahlen im Herbst einen solchen Bund für Milwaukee geschlossen, wo in den Vorwahlen je einer der beiden Parteien die anderen Stimmen angewandt werden sollen. So ist auch bei den jetzt vollzogenen Gemeindevorwahlen die sozialistische Stimmenzunahme groß, der Gewinn an Stimmen aber geringer als früher. In Chicago wurden über 18.000 Stimmen, das sind 66 Prozent der Gesamtzahl, erzielt. In Chicago, Illinois, wurde der erste Sozialist gewählt, ebenso in Florida bei einer Stimmenzunahme um die Hälfte, und in West Virginia bei der Wahl von West Virginia in West Virginia 2. Debatte auch der Wahl, in West Virginia die Hälfte des Stimmzuges; die Stimmenzahl war um 847 größer als die vorher Gegenpartei, und viermal so groß wie bei früheren Wahlen. Bei der Wahl des Senators und Richters fehlten nur einige Stimmen. In Iowa stand in Davenport die Zahl von 381 auf 1000, in Burlington, dem Sitz der Unibersität, wurden der Wahl und 2 von 5 Stadträten gewählt; in Iowa waren der Wahl und 3 Räte. In Fort Scott, Kansas, Sieg über die gemäßigten Gegner, 3 Aldermen von 5 gewählt, sozialistische Mehrzahl. Unter gleichen Umständen in Oklahoma, Minnesota, 2 Aldermen, 1 Mitglied der Schulbehörde gewählt.

Eine Reihe Siege berichtet auch Wisconsin. In Green Bay 3 Aldermen, 1 Friedensrichter; in Green Bay 1 Alderman, einer mit 4 Stimmen unterlegen, Zunahme von 514 vor 3 Jahren auf 817; in Eau Claire Mehrheit von 288, Bürgermeister erwählt. Hier überall Gegner als „Unparteiische“ einget. In Rutte, Wisconsin, mit 2800 stärkste Stimmenzahl, 1 Alderman gewonnen; jetzt 6 unter 25. In Aurora Springs ging die ganze Liste durch. Dasselbe geschah ohne Gegner im Bergarbeiterort Scammon, Kansas. Eine ganze Reihe weiterer Orte wurden demselben oder Teilsege oder mindestens erhebliche Stimmenzunahme.

Neuer Skandal in der amerikanischen Konserverindustrie. In der amerikanischen Konserverindustrie dröhrt abermals ein Skandal auszubrechen. Im Verlaufe des Senatskommissionen hat das parlamentarische Komitee von neuem eine Untersuchung gegen die Konserverfabrikanten eingeleitet. Senator Nelson richtet ähnliche Anklagen wie letzmal gegen die Konserverindustrie und behauptet unter anderem, daß trotz aller Angriffe die Konserverindustriellen fortfahren, wiederum schlechtes Fleisch in den von ihnen hergestellten Konservern zu verarbeiten.

Wahltag in Buenos-Ayres. In den jetzt beendeten argentinischen Parlamentswahlen wurden in der Hauptstadt zwei Sozialisten gewählt. Dem vorherigen Abgeordnetenhaus gehörte Genosse Valcic an. Bei den vorigen Wahlen gelang es den Machenschaften der Reaktion, die bekanntlich vor der Verwendung von Hochhölzern und den raffesten Bestechungsarten gegen die Arbeiter und die Partei nicht zurückbeugte, ihn zu verdrängen. Inzwischen gelang es, die Reaktionen wieder herzustellen. Die Wahl zweier Abgeordneter (deren Namen noch nicht gemeldet sind) ist die Quintessenz über die Sozialpolitik der herrschenden Klasse, zugleich ein Sieg über die parlamentarische, unzulässige Verletzung der Anarchisten, die in der vielfach noch sehr rückständigen, meist aus Italien und Spanien stammenden Arbeiterklasse bisher noch viel Einfluß gehabt hat.

Sicher

ist jeder Qualitäts-Raucher befriedigt von den

Jasmatzi-Cigaretten.

„Unsere Marine“ 2 Pfg.
„Jasmatzi Dubac“ 2 1/2
„Elmas“ 3-5

439

Verantwortlicher Redakteur: Karl Schödl. — Redaktion und Expedition: Am Graubühnen 7. — Verlag der „Vorwärts“, S. u. S. P. — Druck von Th. Schödl, S. u. S. P. — (amtlich in Berlin, Straß 2-11, 111.)

Man verlange,

wenn man die besten Fabrikate haben will, stets solche, die sich seit Jahren bewährt haben. Nachahmungen, besonders in ähnlichen Packungen, weise man im eigensten Interesse zurück. Fabrikate, die sich infolge ihrer hervorragenden Qualität und ihrer unbedingten Zuverlässigkeit lange Jahre bewährt und einen Weltruf erworben haben, sind:

Dr. Oetker's Backpulver
Dr. Oetker's Puddingpulver
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

1 Päckchen 10 Pfg.

3 Stück 25 Pfg.

Überall zu haben!

1069

Am 6. Mai verstarb unsere Verbandskollegin, die Kistenbekerin
Pauline Barwisch
 geb. Schlape
 im Alter von 48 Jahren, nach längerem Krankenlager. Ihr Andenken werden in Ehren halten
 Die Mitglieder des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbeker Deutschlands (Zahlstelle Breslau).
 Beerdigung: Freitag, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Bohrauerstrasse 54, nach dem Dorotheen-Friedhof. 6259

Am 8. d. Mts. verschied nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Zuschneider
Karl Lieb
 im Alter von 66 Jahren 2 Monaten. 6280
 Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
 Beerdigung: Sonnabend, den 11. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes. Trauerhaus: Bohrauerstrasse 95.

Stadt-Theater.
 Sonntag, 7 1/2 Uhr:
 „Oberst Glaser“.
 Freitag, Anfang 7 Uhr:
 Wagner-Opern. 8. Vorstellung.
 Der Ring des Nibelungen.
 Zweiter Tag: „Siegfried“.
 Sonntag, 7 1/2 Uhr:
 „Der Schmuck der Madonna“.

Viktoria-Theater
 Die tolle Burleske
 „Breslau auf Stelzen“
 mit Max Marzell
 und die neuen Kunstkräfte.
 Anf. 8 Uhr. Dons wochent. glänzl. 6152

Lobe-Theater.
 Sonntag, 7 1/2 Uhr:
 „Der schlaue Hase“.
 „Der verwandelte Komödiant“.
 „Der Barbier von Serla“.
 „Kortens Geburtstag“.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Theo Plank
 „Er und seine Schwester“.
 Sonntag, 7 1/2 Uhr: 5804

Palmengarten
 Die Kanone ist da!!
Mrstr. Siegfried
 der berühmte Kapellmeister
 dirigiert das
Damen-Blasorchester
 Nach wie davor.
 Nur kurze Zeit!

Thalia-Theater
 Freitag: Gruppe L. 5. Vorstellung
 „Der Hodeljäger“.
 Sonntag, 7 1/2 Uhr: 5500
Benefiz Oscar Will
 „Doktor Klaus“.
 Im 3. Akt: Souper-Entlagen.
 Billeterverkauf Freitag und Sonntag
 von 10-12 Uhr, im Stadt- und Theater-
 Theater.

Lebensversicherungs-Verein
 E. Fahrmann, Schmeidebrücke 29, I. 5174
Uhren Anzüge etc.
 freitellig im
Leihamt.
 Brandenburger-
 Straße 24.
Hochlegante Kinderwagen
 und Sportwagen, zusammenlegbar, v. h.
 Matbach, Brüderstraße 13, II. 5129

Schauspielhaus
 Donnerstag, 8 Uhr:
Gastspiel Theo Plank
 „Der Raschelbinder“.
 Freitag, 8 Uhr:
Gastspiel Alexander Moissi
 „Samler“.
 Sonntag, 8 Uhr: 5614
Gastspiel Alexander Moissi
 „Gespensier“.

Elegante neue Anzüge
 Köttingerstraße 17.
Rindfleisch
 Hund 40-60 Pf. Verkauf Freitag und
 Sonntag, mittags von 1 Uhr ab,
 Carlowitz, Kaffeehaus König. Hofstr.
Gute gediegene Möbel
 wichtig für 6287
Brautpaare
 Kompl. Erlene Einrichtung 200 Mk.
 Kompl. Nassb.-Einrichtung 300 Mk.
 Kompl. Eich. Schlafzimmer 255 Mk.
Gelagenheits-Käufe
 in gut erhaltenen u.
 wenig gebrauchten
 Schrank 19 Mk. Plüschsofa 30 Mk.
 Bettstelle, Matratze, Kissen 19 Mk.
 Nussbaum-Säulenschrank 54 Mk.
 Nussbaum-Vertiko 45 Mk.
 Katalog gratis. Preise spottbillig.
Max Giesel Breslau II,
 Brüderstr. 5.
 Grosses Möbel-Lager bestehend aus 78 Einricht.
 Teilzahlungen gestattet.

Liebig's Etablissement
 Heute und folgende Tage:
„Eine Million“
 Burleske in 5 Akten.
 Anfang 8 Uhr.
Eröffnung des Gartens.
Militär-Konzert.
 Königl. Musikdirektor A. Reinold
 Anfang 7 1/2 Uhr. 6146

Der Anarchist
 Novellen von Gottschalk
 20 Pfg., früher 1 Mk.
 — Buchhandlung Volkswacht. —

Spülspritzen
 Jede flüssige Präparat läuft man
 am vorzuziehen bei Frau Gebauer,
 Leichenstraße 34 36, III. und Reichen-
 straße 13/14, II. 6242

Brennabor- und Wanderer-Fab-
räder
 bestes deutsches Fabrikat 4140
Karl Kluge, Lenthenstr. 38.
 Teilzahlung gestattet.

Rechtshandlung
Carl Rother & Rode
 Breslau I, Summerel Nr. 26, 6221
 Spezialität: alle Samstage.

Wiederholt sind auch im letzten Jahre die Glascheiben an öffentlichen Feuerstellen auf den Straßen mutwillig eingeschlagen und die Feuermelder dadurch abgezogen worden.
 Werden die Täter so ermittelt, daß sie bestraft werden können, so sehen wir hiermit eine Belohnung bis 50 Mk. für jeden einzelnen Fall aus.
 Breslau, den 4. Mai 1912. 6279
Die Sicherheits- u. Wohlfahrts-Deputation.

2 Tischlergesellen 6261
 auf Treppengeländer, welche firm in Krümmungen und fest im Aufstellen sind, erhalten die Stelle.
B. Kosauke, Mathiasstraße 91/93.

Mehrere jüngere Arbeitsmädchen 6263
 können Arbeit vermittelt erhalten. Zumeld. im **Arbeitsnach-**
weis des Deutschen Tabakarb.-Verb., Kupferhämische-
 Straße 29, I., Ecke Oberstr., in den Vormittagsstunden, v. 9-1 Uhr.

Achtung! Parteigenossen! Achtung! 3481
Fahrräder sowie Reparaturen erhält man am
 besten und billigsten beim Genossen
Max Philipp, Posenerstr. 15.
 Bitte genau auf Strasse u. Vornamen zu achten

Anzüge nach Mass 17,50, 24, 30,
 36 Mark,
 eleg. Verarbeitung, auf schend. Große Auswahl in fertigen
 Anzügen 8,75, 13, 15, 18, 22 Mk.
Herrenkleiderfabrik M. Juliusberger
 Albrechtstraße 41, 2. Etage. (Rein Laden.) 1980
„Der wahre Jakob“.
 Sozialdemokratisches Wochenschrift. — Seit 10 Pfg.

Hausfrauen
 empfehle meine beliebten 6220
Röst-Kaffees
 Schokoladen und Bonbons.
B. Jaschke
 nur Posenerstraße 61
 Ecke Fischpinnerstraße.

Matratze gratis!

Spezial-Geschäft für
Kinderwagen
Klappwagen
 Suche Mutter! — Große Auswahl!
 Ganz besonders billig!
Franz Werner
 Parraßgasse b. d. Liebig'sche.

Kochrezepte erregen bei Hausfrauen immer viel Interesse, besonders aber, wenn sie Gerichte betreffen, die infolge ihrer leichten Verdaulichkeit und ihres hohen Nährwertes auch Kranken und Konvalaszenten gereicht werden können. Das „Anfete“ Kochbüchlein enthält 104 solcher ausgeprobter Original-Kochrezepte für Kranke und Gesunde und ist in den Verkaufsstellen des Präparates kostenfrei erhältlich. 4182

Wilhelmsburg.
 Heute
 Donnerstag: **Gr. Mai-Kränzchen** mit Präsent-Pokal (Gegeben v. Hützel)

Deutscher Kronprinz Westendstr. 50-52.
 Heute
 Donnerstag: **Mai-Kränzchen** verbunden mit Präsent-Pokal. (Gegeben v. A. Franz.)

Hentschel, Pöpelwitz
 Heute
 Donnerstag: **Mai-Kränzchen** bei freiem Willkür-Eintritt. (Gegeben v. Hützel)

Soeben erschienen!
„Neue Fesseln für das Proletariat durch die Strafgesetzgebung“
 von Dr. Hugo Heinemann.
 Preis 25 Pfg.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung der Volkswacht.

Breslauer Fischhallen
 Schmiedebrücke 59. Telefon 1472.
 Fil.: Neue Schweidnitzerstr. 10. Telefon 1173.
 Markthalle Ritterplatz.
 Geschäftsführer Bernhard Burmeister. 6261

Prachtvoll. Cablian u. Seelachs pro 20 Pfg.

Lebende Kiiche.		Klein-Kiiche.		See-Kiiche.	
Leb. Edelsteine	1.60	Stettiner Dorsch	Pfd. 85	Schwedisch in Schmit	Pfd. 55
„Maie	2.00	Äußerer Dorsch	Pfd. 75-1.00	Äußerer Dorsch	Pfd. 60
„Kocher	1.50	Äußerer Dorsch	Pfd. 75	Äußerer Dorsch	Pfd. 25
„Forellen	4.50	Äußerer Dorsch	Pfd. 75	Äußerer Dorsch	Pfd. 60
„Hummer	Pfd. 3.50	Äußerer Dorsch	Pfd. 60	Äußerer Dorsch	Pfd. 35
„Krebse	Eck 6-10.00	Äußerer Dorsch	Pfd. 85-1.25	Äußerer Dorsch	Pfd. 35
„Pflanzfleisch	Pfd. 20 Pfg.	Äußerer Dorsch	Pfd. 2.25	Äußerer Dorsch	Pfd. 1.00
		Äußerer Dorsch	Pfd. 2.50	Äußerer Dorsch	Pfd. 1.50

Fette ger. Flundern, große Notzungen Pfd. 60 Pfg.
 Feinste Fischkotelettes Pfund 60, feinste Matjesheringe Stück 10, 15 und 25 Pfg.
 Rollmops und Delikatessheringe 4 Liter-Doze 1.50.
 — Prompter Versand nach auswärts. —

Guten Abend Herr Meyer!

sagt Müller und betrachtet Herrn Meyers neue, elegante Kleidung. Wie können Sie mit ihrem kleinen Gehalt so schick und nobel auftreten? — Ganz einfach: Ich kaufe nur im **Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.,** Neue Schweidnitzerstrasse 6 (Hansa-Haus); denn dort erhält man in

Abteilung I: **Neue Garderoben** schicke
Anzüge, Ulster, Paletots
 für 14.- 16.- 18.- 20.- usw.

Abteilung II: **Monats-Garderoben** sind wenig getragene oder verliehene
Mass-Anzüge u. Paletots
 für 8.- 10.- 12.- 16.- 20.- usw.

Auch werden Gesellschafts-Anzüge für 5.- Mk. verliehen.
Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H. 6258
Neue Schweidnitzerstrasse 6 (Hansa-Haus).

Der Frauentag

am kommenden

Sonntag, den 12. Mai 1912

muß zu einer

großen Kundgebung

der Profetarierinnen werden.

Darum werbt an allen Orten für guten Versammlungserfolg!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Mai.

Geschichtskalender.

10. Mai.

- 1781 Der Satiriker Sebastian Brant in Straßburg †.
- 1780 Der Dichter und Schriftsteller Johann Peter Hebel in Badolzburg †.
- 1816 Der Schriftsteller Friedrich Gerstäcker in Hamburg †.
- 1847 Der Maler Josef Weiser zu Walschau i. Schlesi. †.
- 1904 Der Afrikareisende Henry Morton Stanley (James Howland) in London †.
- 1910 Der Rechtslehrer Leo v. Savigny zu Münster i. W. †.

Bürgerliche Frauen und Arbeiterfrauen.

I.

Am 2. und 3. Mai hielt der Schlesische Frauenverband in Legnitz seine 8. Generalversammlung ab. Wie es bei solchen bürgerlichen Unternehmungen fast selbstverständlich ist, hatten sich auch Regierungsbekanntere eingefunden, um den Verhandlungen beizuwohnen. Der Bürgermeister Charbonnier hielt eine scheinbar sehr bedeutungsvolle, allerdings für die Frauenbewegung kaum wichtige Rede. Er sprach Frau Johanna Wäcker über die Bedeutung der Frauen in öffentlichen Leben, besonders auf dem Gebiete der Schule, der Armen- und Waisenspflege und der sozialen Wohlfahrt. Gerade die städtischen Verwaltungen sind überzeugt von der Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen. Viel ist schon erreicht worden. Wer aber den Zeitgeist versteht, wird wünschen, daß noch mehr erreicht wird.

Der Herr Bürgermeister sagt etwas viel, wenn er meint, daß die segensreiche Tätigkeit nirgends unterschätzt wird. Wenn er sich einmal bei der preussischen Regierung erkundigen wollte, so könnte ihn diese schon eines Besseren belehren.

Die Verhandlungen selbst streifen so gut wie alle Gebiete der Frauenstätigkeit. Da sprach Frau Johanna Wäcker über die Handlungsgeschichte, und hob hervor, daß der junge Mann kurz und bündig Kaufmann wird, das Mädchen aber Verkäuferin, Lageristin, Kassistin u. s. f. Diese unabweisbare Arbeitsteilung rührt von der ungenügenden Ausbildung der jungen Mädchen her, die zumeist keine Lehrzeit, weder praktisch noch theoretisch durchgemacht haben. Dies zu ändern ist Aufgabe der Berufsorganisationen, denn mit der besseren Bildung ist auch bessere Entlohnung und damit größere Arbeits-

freude verbunden. Schlimm sind auch die Anfeindungen der männlichen Organisationen, insbesondere des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, der es auf alle Weise zu hindern sucht, daß für die kaufmännische Ausbildung der Frau ausreichend gesorgt wird. Und doch müssen zahlreiche Ehefrauen und eine Million Witwen durch ihre Verdienste im Handel für den Unterhalt der Familie eintreten. Ebenso ist anzukämpfen, gegen die Verträge, die „gegen die guten Sitten“ verstoßen, so z. B. hinsichtlich der Konkurrenzkauf, wovon die Rednerin Proben gab. Damit Klärung darüber verbreitet wird, müßten alle Handlungsgehilfenorganisiert werden. Zu beklagen ist ferner, daß die weiblichen Angestellten zu den Kaufmannsgerichten weder das aktive noch passive Wahlrecht haben, sondern ausschließlich Männer über sie zu Gericht sitzen. Etwas besser stehen sie in der Reichsversicherungsordnung und in dem neuen Versicherungsgesetz für Angestellte, obwohl sie auch hier von allen richterlichen Funktionen ausgeschlossen sind.

Schwerlich wird die von der Rednerin vorgeschlagene Lehrzeit für das weibliche kaufmännische Personal eine Verbesserung der Lage mit sich bringen. Im Gegenteil ist zu befürchten, daß es von den Unternehmern nur noch gründlicher als bisher ausgebeutet wird, wenn es eine unerschöpfliche Lehrzeit von längerer Dauer durchmachen muß. Der Grund, warum die sozialen Verhältnisse der weiblichen Handelsgestellten schlechter sind, als die ihrer oft die gleiche Arbeit verrichtenden Kollegen, ist wohl hauptsächlich in ihrer Interesslosigkeit in Organisationsfragen zu suchen, was auch die Rednerin zugibt. Allerdings kann man von ihr nicht verlangen, daß sie für den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinen Deutschlands agitiert, das gibt ihr bürgerliches Herz nicht zu. Weiber aber ist gerade dieser Fehler einer gewissen zögerlichen Fühlerlei für die sonst ganz annehmbaren Ausführungen der Rednerin bezeichnend. „Nur keine Konsequenz“, klingt es aus jedem Munde. Ersuchen, nicht fordern, erbiten, nicht erkämpfen war ihr Grundton. Damit ist den Arbeiterinnen aber wenig gebietet, denn Kitten und Peitonen verbessern ihre Lage schwerlich.

Das Frau-Vereinigungsmitglied Siefert aus Legnitz über „Die Frau im Handwerk“ sprach, schloß in der Ansicht der Ausführungen der Vorrednerin. Durch die zu weitgehende Gewerbefreiheit sind Frauen ins Handwerk gelockt worden, die nicht gut ausgebildet waren. Das hat sich in der letzten Zeit geändert. Die Famenhelferinnen haben sich bereits an vielen Orten ihre Organisationen geschaffen, haben mit Hilfe der Handwerkskammer und auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen die Lehrbedingungen geregelt und damit den Grund zu einer besseren wirtschaftlichen Lage gelegt. Damit ist die Zukunft des Handwerks eine günstige geworden, und auch die in Betracht kommenden Kreise erkennen die Bedeutung der mehrjährigen Lehrzeit an, die eine Lebensfrage für die Mädchen ist. Es handelt sich nicht um das Eindringen in alle Handwerke, sondern um eine gute Ausbildung des Nachwuchses in den Handwerken, die schon bisher von Frauen ausgeübt worden sind.

Die Frage über eine allzuweit gehende Gewerbefreiheit zeigt nicht gerade von wirtschaftlichem Weltblick, ebensowenig die freudige Begrüßung der neuen gesetzlichen Bestimmungen der Lehrbedingungen, sowie die Sehnsucht nach der mehrjährigen Lehrzeit. Das sind alles Dinge, die den Kampf der Arbeiterinnen ums Dasein nur verschärfen.

Ueber den Beruf der Beamtin, besonders der Postbeamtin, berichtete Fräulein Christiani, Vorsitzende des Vereins der Postbeamtinnen in Breslau. Sie führte aus, daß die Frau schon seit 1861 im Postfach tätig ist, legte dar, in welche Stellungen sie Zutritt hat und welche Ansprüche gestellt werden. Leider mußte sie feststellen, daß diese Ansprüche im Laufe der Zeit viel niedriger geworden sind. Dann

erörterte sie den Ausbildungsstand, die Anstellungsverhältnisse, die Dienstzeit und die Entlohnung, wie auch die Pensionierungsrichtigung der Beamtin. Derzeit zwingt zum Austritt von den 20.000 Post- und Telegraphenbeamtinnen nur 6500 in Vereinen zusammengefaßt, die sich kurzlich zu einem Verbande vereinigen. Seine Aufgabe wird es sein, die alten Anstellungsbedingungen wieder zur Geltung zu bringen, Hauptprüfungen durchzuführen und Wohlfahrtsrichtungen zu stellen, wie dies im lokalen Kreise die Vereine bereits getan haben.

Auch hier die bewegliche Frage über angebliche Konkurrenz und der sehnliche Wunsch, den Zutritt von Neuzugängen möglichst zu erschweren. Welchen Wert eine Organisation, die möglichst jeden Fortschritt hemmen und die „gute“ alte Zeit wieder herbeiführen will, für die berufstätige Frau hat, braucht eigentlich nicht erst gesagt zu werden. Eine wirklich wertvolle Organisation wird sich nicht mit Geistesbeschwerden abgeben, sie wird versuchen, im Rahmen der bestehenden Verhältnisse die Lebenslage ihrer Mitglieder zu heben. Dazu gehört die Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und ist es auch einer hohen Reichsbehörde gegenüber. Sie darf hier nur als Arbeitgeberin bewertet werden. Aber freilich zu einem solchen, einzig zweckmäßigen Vorhaben gehört mehr Energie, als die Rednerinnen des Frauenbundes gerne anwenden möchten. Sie glauben, daß sie die ganze Welt, Arbeiterinnen und Unternehmern, mit gleich warmer Liebe ans Herz drücken können. Das ist ja recht ehrenvoll für ihr Gefühl, aber niemand kann eben zweien Herren dienen. Weiber werden die guten Damen auch die bittere Wahrheit dieses bittlichen Tages einsehen müssen. (Schluß folgt.)

Fremde Arbeiter auf städtischen Bauten.

Die Bauarbeiterschaft Breslaus, die schon ohnehin durch Arbeitslosigkeit sehr zu leiden hat, sieht sich auch noch durch den künstlichen Heranzug fremder Kollegen in ihrer Erwerbsmöglichkeit bedroht. Besonders auf den Bauten des Magistrats hat die Beschäftigung fremder Arbeiter einen geradezu bedrohlichen Umfang angenommen. Diesem Mißstande zu begegnen, sandte der Zweigverein Breslau des Deutschen Bauarbeiterverbandes folgendes Gesuch an den Breslauer Magistrat:

Breslau, den 7. Mai 1912.

Die städtischen Erhebungen über die Bautätigkeit in Breslau, haben den Beweis erbracht, daß gerade auf den im Auftrage der städtischen Behörden zur Ausführung kommenden Bauten, ein außerordentlich großer Teil von Arbeitskräften beschäftigt sind, die weder in Breslau anständig, noch hier Steuerzahler sind. Diese unbefriedigbare Tatsache bedeutet aber gerade für die in Breslau anständigen und hier zur Zahlung von Steuern verpflichteten Maurer und Bauhilfsarbeiter, eine erbitternde Enttäuschung in den Hoffnungen, die sie in das Wiederwachen der hausgewerblichen Konkurrenz in Breslau zu setzen berechtigt waren. Die große Arbeitslosigkeit, die auch dem wohlhablichen Magistrat nicht unbekannt sein dürfte, hat gerade die baugewerblichen Arbeiter von Breslau besonders hart getroffen. Als nun im Frühjahr die Bautätigkeit wieder einsetzte, da glaubten die Breslauer Maurer und Bauhilfsarbeiter, daß ihnen nunmehr die Möglichkeit erhanden sei, jene durch die Arbeitslosigkeit im Winter geschlagenen Wunden, wieder einigermaßen heilen zu können. Sie glaubten das im eigenen und ihrer Familien Interesse, wie im Interesse der Gesamtgemeinde, zu deren Mitglieder sie als Steuerzahler doch gehören. In dieser ihrer Hoffnung aber haben sie geirrt, die Breslauer Maurer und Bauhilfsarbeiter eine schwere Enttäuschung erfahren, als die mit städtischen Bauarbeiten betrauten Unternehmer einen großen Prozentsatz auswärtiger Maurer und Bauhilfsarbeiter auf diesen städtischen Bauten beschäftigten. Es liegt uns fern, hier irgend welche der Freigabe der Arbeiter feindselige Gedanken und Forderungen vertreten zu wollen, wir müssen uns aber unbedingt auf den Standpunkt stellen, daß die Stadtgemeinde und ihre Verwaltung die Pflicht haben, vor allem bei der Vergabe städtischer Arbeiten, dafür zu sorgen, daß bei diesen in erster Reihe Bürger der Stadt Kr-

Gesundheitspflege und Hauswirtschaft.

Augenverletzung durch Kalk.

Auch wer es etwa nicht selbst erfahren hat, kann sich denken, daß das Mineralien von ungelöstem Kalk in das Auge zu den schwersten Unfällen gehören muß, die dieses wertvolle Organ überhaupt treffen können. Mit einer Behandlung in gewöhnlichem Sinne wird dabei fast niemals auszukommen sein und deshalb wird das Augenlicht meist als verloren gelten müssen, wenn die Verletzung sich nicht gerade auf einen sehr kleinen Umfang beschränkt hat. Wo der Arzt am Ende seiner Kunst steht, wird gewöhnlich der Chirurg als letzte Zuflucht angerufen, und auch in diesem Falle scheint er der einzige zu sein, auf den noch Hoffnung zu setzen ist. Professor Denig von der „Oculina-Universität“ hat jetzt in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ drei Fälle von Kalkverletzungen des Auges beschrieben, in denen er durch chirurgischen Eingriff einen auffälligen Erfolg zu erzielen vermocht hat. Die Operation war eine sehr eigenartige. Die verätzten Teile der Bindehaut wurden ganz entfernt und durch Häutchen ersetzt, die von der Innenfläche der Oberlippe des Kranken entnommen und in der erforderlichen Weise zurechtgeschnitten worden waren. In den ersten beiden Fällen wurde der Verband nach neun Tagen entfernt und eine tadellose Ausheilung der aufgetriebenen Bindehäute festgestellt. Die Erziehung der Hornhaut, die namentlich sehr stark gewesen war, hatte ganz auffällig nachgelassen und die Sehkraft hob sich im Verlauf von zwei bis drei Wochen wenigstens auf die Hälfte der normalen Leistung. In diesen beiden Fällen wurde die Operation schon wenige Tage nach der Verletzung ausgeführt, im dritten Falle aber erst nach Verlauf von drei Wochen. Infolgedessen hatten hier die krankhaften Veränderungen bereits zu weit größeren Unaufräglichkeiten geführt und die Operation mußte zweimal vorgenommen werden. Die Sehkraft nahm eine entsprechende längere Zeit in Anspruch, führte aber doch zu einer bemerkenswerten, wenn auch nicht sehr befriedigenden Wiederherstellung der Sehkraft.

Die falsche Zubereitung mancher Nahrungsmittel.

Wer sich darüber klar ist, daß die letzte Ursache für die zunehmende Zahnschmerzen und die im ganzen schlechtere Entwicklung unserer Jugend in einer Unterernährung an Kalzium (Kalk), Eisen, Magnesia usw. in Verbindung mit Phosphorsäure, Kohlenensäure, Nieselsäure, Chlor, Fluor) zu suchen ist, der wird die heute recht verbreitete Zubereitungsweise einiger wichtiger Nahrungsmittel nur verwundern können. In den meisten Haushaltungen ist es üblich geworden, das Gemüse erst zu überbrühen und dieses Brühwasser fortzugießen. Wei-

diesem Ueberbrühen werden die in dem Gemüse enthaltenen mannigfachen Salze, die für den Stoffwechsel unseres Körpers unentbehrlich sind, die nicht bloß von den Hartgebilden unseres Körpers den Knochen und Zähnen, sondern auch von dem Blut und den Nerven täglich so nötig gebraucht werden, ausgelaugt und gehen dem Körper verloren.

Gemüse darf, wenn es richtig zubereitet wird, nur mit ganz wenig Wasser zugeeignet werden; es muß mehr in dem in ihm selbst enthaltenen Wasser dünsten; keinesfalls darf etwas von dem Wasser, das ihm zugeeignet wurde, weggelassen werden.

Dieselbe Vorzeit wird bei der Zubereitung der Kartoffeln begangen; sie werden meist geschält zugeeignet. Dabei laugt das Wasser, in dem sie gekocht werden, die in der Kartoffel ohnehin nicht allzureichlich enthaltenen Salze so gründlich aus, daß sie direkt ungenießbar werden; wir müssen ihnen erst wieder etwas Kochsalz, das im Uebermaß für unsern Körper durchaus nicht erwünscht ist, zusetzen, um sie genießbar zu machen. Man sollte Kartoffeln nur als Pellkartoffeln auf den Tisch bringen; werden sie schon einmal geschält zugeeignet, so sollten unsere Hausfrauen das Wasser nicht weggeben, sondern zu Suppe verwenden.

Das Aufzuziehen von Strohhüten.

Völlig mit jedem Frühjahr stellt sich auch die Notwendigkeit des Hutwechsels ein: den schweren, wärmenden Winterhut soll der leichte, schatten spendende Sommerhut, oder, was damit gleichbedeutend ist, der Strohhut folgen. In kinderreichen Familien ist damit eine Aufgabe verbunden, die den Vollerwerb nicht unwesentlich belastet, und manche Hausfrau würde den Hutwechsel gern um ein Jahr hinausschieben, würde es gern noch einmal mit den alten, vorjährigen Hüten versuchen, wenn sie nur nicht so schauerhaft verstimmt und von der Sonne irgenemmaßen ausgeglüht sind!

Zur Aufzuziehen heller Strohhüte bedient man sich des bekannten, im Handel unter der Bezeichnung Schwefelblüte zu beziehenden gelben Pulvers in Verbindung mit Zitronensaft. Der Strohhut ist zunächst von jeder Garnierung zu befreien und durch Bürsten von allem Staub zu reinigen. Alsdann durchschneidet man eine Zitrone in mehrere Teile, taucht die Schnittfläche in die Schwefelblüte und reibt damit das Stroh tüchtig ab. Oder — und dieses Verfahren ist dem eben genannten vorzuziehen — man brüht eine Zitrone aus und reibt den Saft mit der Schwefelblüte zu einem dicken Brei an. Dann trägt man diesen Brei mit Hilfe einer kleinen Bürste, am besten einer möglichst breiten Zahnbürste, auf das Stroh auf und rührt damit Stroh für Stroh den Hut tüchtig ab. In beiden Fällen läßt man die schmierige Masse, die sich dabei auf dem Stroh festsetzt, ordentlich trocknen und bügelt sie dann mit

einer nicht zu heißen Bürste herunter. Die Güte sehen nach dieser Behandlung, wenn auch nicht wie neu, so doch so sauber aus, daß sie recht gut nach einmal gezeigert werden können. Dieses Stroh hält eine mehrmalige Auffrischung ohne Bedenken aus.

Um dunkle Strohhüte aufzufrischen, wendet man Benzolöl an, wie sie in jeder Drogeriehandlung käuflich zu haben ist, und zwar genügt für einen Hut großen Umfangs ein Quantum für 20 Pf. Man bügelt zunächst auch allen Staub sauber herunter, taucht dann ein weiches Leinwandlappen in die Tinktur und reibt damit das Stroh Stroh für Stroh sorgfältig ab. Der Hut ist alsdann im Schatten in Jugsucht zu trocknen.

Beim Trocknen der Hüten sowohl wie der dunklen Strohhüte hat man darauf zu achten, daß man ihnen dabei gleich die ursprüngliche Form erhält. Besondere Umgebungen lassen sich hierfür nicht geben, jedenfalls vermeiden man es, die noch feuchten Güte aufzuhängen, man gebe ihnen vielmehr eine feste Unterlage, lege sie also auf einen Tisch oder dergleichen und beschwere zum Beispiel bei großem Regen die Hüten, damit diese sich nicht werfen, oder gebe den Köpfen, um ihnen ihre Form zu erhalten, entsprechende Stützen, wozu sich zum Beispiel umgestülpte Schüsseln eignen, die eventuell noch durch Holzunterlagen usw. zu erhöhen sind.

Aus dem Reiche der Technik.

Wasserflugzeuge.

Eine Schrift des Maschinenbauingenieurs Carl F. W. Röber „Das Flugzeug für die Kriegsmarine und den Wasserport“ (Berlin, Charlottenburg 2 bei C. F. W. Nordmann Nachf.) spricht sich über die zukünftige Bedeutung der Wasserflugzeuge folgendermaßen aus: „Was die Verwendungsmöglichkeit der Wasserflugmaschinen anbelangt, so ist es in erster Linie der Marine dienlich, wo sie entsprechend den verschiedenen Zwecken in ihrem Gebrauch die weitestgehende Berücksichtigung finden werden. Aber auch im Verkehrslande und im Sport eröffnen sich den Wasserflugzeugen die größten Aussichten und kann ihre Verwendung in gewissen Fällen sogar eine Notwendigkeit werden. Für den Wasserport dürfte in Zukunft das Wasserflugzeug die vollendetste Sportmaschine bedeuten, welche gegenwärtig als Flugmaschine, Motorboot und bei entsprechender Konstruktion als Segelboot Verwendung finden kann. Während auf den Binnenwasserwegen beim Motorboot durch die Schleusen und Wehrranlagen ein rasches Fortkommen behindert und begrenzt wird, ist dies umso mehr beim Segelboot der Fall, welcher auf größeren Gewässern angewiesen, bereits durch Brücken und Kanäle behindert werden kann. größere Touren im Nebenwasser aus-

Lebensbedürfnisse finden. Die Tatsache, daß hundert von Bauarbeitern, die Breslauer Arbeiter sind, Proleten auf der Straße liegen, während auswärtige Arbeiterkräfte auf künstlichen Bauern in den Wäldern einquartiert sind, bedeutet nicht nur eine schwere wirtschaftliche Schädigung eines Teiles der Breslauer Bürger, sondern eben so sehr eine solche des künftigen Allgemeinwohls, denn durch die Verhaftung auswärtiger Arbeiterkräfte und die hierdurch bedingte Arbeitslosigkeit in Breslau, wird die Arbeitskraft der Stadt geschwächt und die Gefahren der öffentlichen Armut vermehrt.

In Erwägung aller dieser Umstände, bitten wir daher den hochwürdigsten Magistrat, durch seine Tätigkeit zu wirken, daß an Stelle der auswärtigen Arbeiter bei der Festhaltung Breslauer Arbeiter eingestellt werden. Auch am Kanalbau an der Döblicher Chaussee, wo ebenfalls circa 50 bis 60 auswärtige Arbeiter beschäftigt sind, bitten wir dasselbe zu veranlassen. In dem wir in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Angelegenheit um mögliche Beschleunigung bitten, zeichnen wir uns

Respektvoll
Die Ortsverwaltung
des Zweigvereins Breslau des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Die Verwaltungsstelle Breslau des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, in der wichtige Angelegenheiten besprochen werden. Kollege Kötter erstattete einen Situationsbericht über die Bauwirtschaft in Breslau im ersten Quartal 1912 von über die Organisationsverhältnisse. Es sind im ersten Quartal 200 Mitglieder neu hinzugekommen, von denen 67 zum zweiten Male eingetretten sind. Seit Gründung des Bauarbeiterverbandes hat Breslau 1700 Mitglieder neu aufgenommen, von denen 560 — also etwa der dritte Teil — zum wiederholten Male in den Verband eingetreten sind. Die Bauwirtschaft ist im Verhältnis zum Vorjahr für die Arbeiterklasse nicht günstig: voriges Jahr gab es keinen einzigen arbeitslosen Maurerergelken im Monat Mai, in diesem Jahre seien es gar viele. Die aufgenommenen Baukostenkontrolle hat folgendes Resultat ergeben: Es sind in Breslau und Umgebung 162 Neubauten (Vorjahr 167, Umbauten 27 (17), Scharwerke 81 (49), Beschäftigte Männer werden geschätzt 1311 (1447), Hilfsarbeiter 1804 (1759). Eine Menge Betonbauten sind auch zu verzeichnen, zu welchen mehr ungelernete Arbeiterkräfte verwendet werden. Arbeitslos waren im Monat März 236 Maurer und 390 Hilfsarbeiter. Woher kommt nun diese große Arbeitslosigkeit? fragt Kötter. In Arbeitslosigkeit schließt es zunächst nicht, die Ursache sei wo anders zu suchen, und die Unternehmer und Politiker sich auswärtsige Leute holen und die Ortsangehörigen fernhalten. Andere einheimischen Kollegen, die mit zahlreicher Familie gesegnet sind, die Steuern zahlen müssen, seien und die Auswärtigen nehmen ihnen das Brot weg. Gewiß, es hat ein jeder das Recht auf Arbeit, aber alles müßte seine Grenze haben, es darf nicht so weit gehen, daß Familienväter darunter sterben. Für den Arbeitgeber sei es ja recht angenehm, Arbeitslose immer zur Verfügung zu haben. Der Vorstand schlägt folgende Resolution vor, die an die Arbeitgeber gerichtet werden soll:

Die Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die heiligen Baugesetze bei Einstellung von Mauern und Bauhilfsarbeitern die Ortsangehörigen so wenig berücksichtigen, sondern mit Vorliebe auswärtige Arbeiterkräfte einstellen. Wenn die in Breslau ansässigen Arbeiter ihrer Pflicht als Steuerzahler genügen sollen, muß ihnen auch die Möglichkeit dazu gegeben werden. Letzteres geschieht, wenn bei Einstellung von Arbeitern die Einheimischen zuerst berücksichtigt werden. Wir legen das Verlangen in die Hände der Baugesetze und ihrer Politiker, daß es nur dieser Anregung bedarf, um dem Wunsch der Breslauer Arbeiterheit entgegenzukommen.

Es sind aber nicht bloß die Arbeitgeber im Baugewerbe, die unseren Einheimischen die Arbeitsmöglichkeit rauben, sondern leider noch die städtischen Behörden. Bei einer Kanalanlage in Schwitz, die im Auftrag der Stadt ausgeführt wird, sind auswärtige Arbeiter zu einem niedrigeren Lohne als das örtliche Personal, beschäftigt, sie arbeiten auch nicht 9½, sondern zehn Stunden und darüber. Der Lohn wird gedrückt, die Arbeitszeit verlängert, das dürfte sich die Organisation nicht gefallen lassen, da müßte sie einschreiten. Schlimmer aber noch sieht es auf der Festhalle. Es sei geradezu ein Skandal, daß diese Halle zum großen Teil von fremden Arbeitern hergestellt wird. Hat der Magistrat davon keine Kenntnis oder geschieht es mit seinem Willen? Die Kosten müssen von der Stadt aufgebracht werden, aber unsere Breslauer Arbeiter, die sich auf eine gute Arbeitsmöglichkeit freuen, haben das Nachsehen, sie müssen zusehen, wie Fremde ihnen das Brot nehmen.

ausführen. Diese Hindernisse sind aber für das Wasserflugzeug als Sportmaschine nicht mehr vorhanden. Wenn ein erfolgreiches und zuverlässiges Wasserflugzeug geschaffen worden sind, dann werden auch die Möglichkeiten von Landungen auf festen Böden ihre Berücksichtigung finden. Während zurzeit für Land- und Wasserflugzeuge das Meer gleich einer in die Luft entporragenden Mauer die zwei Verwendungsgebiete trennt, kann erst bei Verwendung von Universalflugmaschinen tatsächlich von der Eröberung des Luftmeeres gesprochen werden. Dies muß eines der großen Probleme des Jahres 1912 sein.

Aus aller Welt.

Die Insel Rhodos. Die Insel untermüht der Glanz einer großen Vergangenheit; vor dem Namen hört, dem tauchen Bilder aus der Geschichte, der Römer, und der Ritterzeit auf. Er denkt daran, wie diese Insel, von den Doriern den Rhodigiern um das Jahr 1000 vor Christus entziffen, reich eine hohe Städteblüte erblühte, wie von hier aus Kolonisationsgründungen ausgingen (Gala in Syrien), wie dann, als 408 an der Spitze die Stadt Rhodos gegründet wurde, diese reich in die erste Reihe der griechischen Seemächte emporstieg. Sie gewann nach Alexander's Tod die Unabhängigkeit wieder, behauptete sie gegen den Städtetierhüter Demetrios, wurde reich über alle anderen griechischen Städte hinaus, so daß ihre Seereschiffahrt im ganzen östlichen Mittelmeer galt und die Römer selbst sie annehmen. Wissenschaft und Kunst blühten hier auf. Die Skolopastik des Sonnengottes am Hafenempfang zählte als König von Rhodos zu den sieben Wundern des Mittelmeeres. Als treue Bundesgenossin der Römer erhielt sie sogar die Herrschaft über einen Teil des jüdischen Kleinasien, von dessen Küste die Insel ja bloß zwanzig Kilometer abliegt. Und wenn es diese auch verlor, so vermochte die Stadt bis zu den Tagen Diokletians eine Scheinunabhängigkeit innerhalb des römischen Reiches zu behaupten. Im weiteren teilte sie die trüben und düsteren Schicksale des byzantinischen Reiches. Aber neuer Glanz fiel auf diese Insel, als 1309 der Johanniterorden hier seinen Sitz nahm. An die Tage der Rhoditerherrlichkeit erinnert in der Stadt Beweise, noch die materielle Kulturstraße. 1522 mußte der Orden den Angriffen Sultan Sültans des Großen weichen und seitdem steht Rhodos unter dem Halbmond.

Von all dem Ruhm ist nichts als ein bloßes Gedenken geblieben. Die abseitige, 1460 Quadratkilometer umfassende Insel.

Die Getreidepreise steigen noch höher.

Nach den Berichten von deutschen Fruchtmärkten, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden, war im April 1912 gegenüber dem März wieder ein Steigen der Getreidepreise zu verzeichnen. Es folgten der Doppelzentner

	im April 1912	im März 1912	im April 1911
Weizen	21,96 Mk.	20,79 Mk.	18,96 Mk.
Weisse	20,25 „	20,08 „	16,54 „
Roggen	18,82 „	18,19 „	14,40 „
Hafer	20,34 „	19,87 „	16,57 „

Im Verhältnis zum April 1911 ist der Preis von Weizen um 3,00 Mk., von Gerste um 3,71 Mk., von Hafer um 3,77 Mk., und von Roggen sogar um 4,12 Mk. gestiegen. Trotz alledem werden die Zollschranken für Lebensmittel nicht gemindert! Mögen die Armen auch Hunger leiden; die Hauptsache ist, daß der agrarische Geldbeutel nicht geschmälert wird.

Die Hausgewerbetreibenden und die Landkrankenassen.

Nach § 166 der Reichsversicherungs-Ordnung sind die Hausgewerbetreibenden in den Landkrankenassen zu versichern, in deren Bezirk sie ihre Arbeitsstätte haben. Wo aber, wie in Breslau schon vorher die Versicherung der Hausgewerbetreibenden durch ein Ortsamt geregelt war, da kann die oberste Verwaltungsbehörde auf Antrag der Gemeinden die bisherige Versicherung der Hausgewerbetreibenden beibehalten lassen.

Zum Wohle der Hausgewerbetreibenden ist nur zu wünschen, daß sie in Breslau den bestehenden Krankenassen auch in Zukunft angehören dürfen, denn ihre Aufnahme in die Landkrankenasse wäre gleichbedeutend mit einer schweren Schädigung. Alle Einkommen, das Krankengeld, das Sterbegeld, die Wöchnerinnen-Unterstützung usw. verringerten sich bedeutend und die Hausgewerbetreibenden wären rechtlos, da die Mitglieder in den Landkrankenassen wohl Beiträge zu zahlen, im übrigen aber über die Verwaltung der Assen nichts zu sagen haben.

Wie gemeldet wird, hat jetzt auch der hiesige Ausschuss für Arbeitervertretungen, dem u. a. die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, die christlichen Gewerkschaften und der deutsch-nationale Wandlungsgehilfen-Verband angehören, den Magistrat ersucht, bei der obersten Verwaltungsbehörde zu beantragen, das Ortsamt über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden aufrechtzuerhalten. Es soll bereits eine Antwort ergangen sein, die zu der Hoffnung berechtigt, der Magistrat werde dem berechtigten Gesuche entsprechen. Das wäre noch mehr als fehrverständlich.

Zur Lohnbewegung der Schuhmacher.

Am Montag tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher, wo das Ergebnis der Verhandlung mit der Innung besprochen wurde. Kollege Meiner gab einen Bericht über den Verlauf der Verhandlung und betonte dabei, daß die Innung am Abschluss einer dreijährigen Tarifdauer festhalte. Die Angehörigen der Innung seien zu gering, daß für einen Teil der Arbeiter nichts herauskomme. Der Innung gebe es weniger um die Verbesserung der Löhne, die von der Innung seit 1908 nicht erhöht wurden, ihr Hauptstreben sei, einen Tarif zustande zu bringen, ganz gleich wie er aussehe. Einen Tarif nur der Innung zuliebe sei für die Gehellen und dazu noch bei den höchsten Löhnen möglich. Die gegenwärtige Tarifbewegung der Innung sei nur eine Reflexion sein für ihren Preisstand. Schon im Herbst habe die Innung in ihren Verhandlungen der Öffentlichkeit erzählt, daß die Erhöhung der Arbeitslöhne mit Lohnd seien, an der Preissteigerung der Reparaturen, was eine große Unrichtigkeit sei. Die Innungsbedingung seien eingeleitet von einem Teil der Meister, die im Jahre höchstens drei bis vier Wochen einen Gehellen beschäftigen und gelegentlich die großen Schuhmacher stellen. Es bleibe der Verammlung überlassen, ob sie der Tarifdauer zustimmen will oder nicht. Die Innung war sehr schäblich. Allgemein wurde hervorgehoben, diese geringen Angehörigen auf drei Jahre können nicht angenommen werden! Ein Teil der Arbeiter beglännte heute schon bei Nichtannahmemitgliedern höhere Löhne, als die bewilligten, und man soll sich nicht durch den Tarif auf drei Jahre schlagen, der für die meisten keine Angehörigen bringe. In der geheimen Abstimmung wurde

die Tarifdauer mit überreicher Mehrheit abgelehnt. In einem Streit wurde vorläufig Abstand genommen, bis die Innung sich auf einen Erfolg eine bessere ist. Die Christlichen haben sich die Gnade der Innungsherren bei der Gefellenauswahl zu sichern, auf drei Jahre zugestimmt, was aber ohne Bedeutung ist, da sie nur einige Tugend Mitglieder haben. Der Kampf der Schuhmacher um bessere Verhältnisse ist nicht aufgehoben, sondern nur verschoben bis zum Herbst. Soweit einzelne Abschlüsse mit den Meistern erfolgen, werden sie in der „Volksrecht“ bekannt gegeben.

Die Schiffsahrtstraße durch die Stadt und die Kanalarbeiter. Zwischen der Staatsregierung und dem Breslauer Magistrat ist im Oktober 1895 über die Verstellung des Grobkanalarbeiterstreiks bei Breslau vereinbart worden, die bisherige Schiffsahrtstraße durch die Stadt bleibt in ihrer vollen Leistungsfähigkeit erhalten und wird nach Bedürfnis verbessert. In der Volksversammlung der Handelskammer am Mittwoch wurde nun vom Berichterstatter, Handelsrichter Magdan, betont, die Oberstrombauverwaltung scheine jetzt das Empfinden zu haben, daß ihre eingegangenen Verpflichtungen sich mit ihren gegenwärtigen Plänen nicht vertragen, und deshalb habe sie den Magistrat ersucht, auf ihre früheren Zusagen zu verzichten, weil der zweite Umgehungsplan dem Verkehr völlig genügen würde, so daß ein Bedürfnis nach der Straße durch die Stadt nicht mehr vorliege. Herr Magdan meint, die Schiffsahrt brauche den Weg durch die Stadt auch in Zukunft; er müsse leistungsfähig erhalten werden, damit keine Schiffe jederzeit durch die Stadt fahren könnten. Die Handelskammer hat in einem Gesuche an den Magistrat alle ihre Wünsche ausgeprochen und die Volksversammlung erklärte sich damit einverstanden.

Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege wird in diesem Jahre seine Versammlung in Breslau abhalten. Die Tagung findet vom 3.—6. September im Konzerthaus statt. Es ist ein Ortsausschuss, bestehend aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und höheren Beamten gewählt worden. Der Vorbereitung für die Versammlung treffen folgende Punkte der Tagesordnung der Versammlung folgende Besondere Punkte: 1. Mauerwerkentlastungen infolge Verfüllung durch Nahrungs- und Genußmittel; 2. Abhilfe gegen die Mückenplage; 3. Feuerbetätigung; 4. Schallfächer Bauten; 5. Die Wasser-Versorgung um hygienischen Standpunkte mit Rücksicht auf das neue Wasserwerk. Man rechnet für die Versammlung auf eine Teilnehmerzahl von 500—600 Personen.

Die Gehörlosen Ostwig und Carlwig des Vereins zur Fürsorge für unheimliche Jungenkranke werden Mittwoch, den 15. Mai, wieder eröffnet; die bisherigen Aufnahmebedingungen sind unverändert geblieben. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Vereins, Magistratsbureau 1, Schulstraße 26, und die ärztlich geleitete Musik- und Fühlorgel für Jungenkranke (Ritterplatz 1, Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag von 6—7 Uhr nachmittags).

Die Elektrizität auf dem Lande. Der Provinzialausschuss der Elektrizität hat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, der Stadt Breslau zu erlauben, daß sie die Provinzialausgaben für Stadt- und Landkreise Breslau und in den benachbarten Kreisen zur Verstellung und zum Vertriebe elektrischer Leitungsanlagen zu Kraft- und Lichtwerken benutzt.

Verweisung vom Militärdienst. Besuche im Zirkusplanung oder Verweisung zum Militärdienst, die erst nach der Musterung eingereicht werden können, worauf der Zivilvorstand der Ersatzkommission hinweist, nur dann Berücksichtigung finden, wenn die angeführten Gründe erst nach der Verweisung des Musterungsgeschäfts eingetreten sind. Besuche im vorerwähnten Zirkusplanung von Mannschaften aus dem aktiven Militärdienst sind stets an die zuständige Ersatzkommission zu richten.

Ein Opfer des Alkohols und der militärischen Disziplin. Der Musikleiter Arthur Kamitz vom Infanterieregiment 157 in Briesg ist als unehrsüchtiger Heerespflichtiger eingestuft worden. Am den 19. und 20. Februar war er zu seiner Familie nach Leuchten bei Dels beurlaubt. Als er nicht wieder zur Truppe zurückkam, wurde ein Sergeant nach ihm geschickt, der forderte ihn wenigstens ein Duzendmal auf, mit nach Dels zur Bahn zu kommen, was Kamitz mit Grimassen, Lachen, Drohen beantwortete. Der Mann war stark betrunken. In die Kaserne nach Briesg gebracht, äußerte sich Kamitz zum Soldaten, er müsse gleich wieder fort zu Frau und Kindern, vernahm sich sehr erregt, schimpfte und drohte. Das Kriegsgesicht verurteilte ihn zu fünf Monaten Gefängnis wegen Ungehorsams, Ungehorsams, Verleumdung gegen Vorgesetzte. Auf des Angeklagten Verurteilung vor dem Oberkriegsgericht der Verurteilung auf Freisprechung wegen sinnloser Trunkenheit. Er ist ein schlummer Trinker. Kriegsgesichtsratliche beantragt Verurteilung der Verurteilung und bewahrt, daß nicht auch der Gerichtsherr Verurteilung eingeleitet hat, damit höhere Strafe beantragt werden könne. Das Oberkriegsgericht erkannte auf die Strafe der ersten Instanz.

Zufiel befindet sich in tiefer Verarmung und Armut. Von den 30.000 Einwohnern sind etwa 20.000 Griechen, 6000 Türken und 2000 Juden. Die Festungswerte für Hauptstadt, ihre zur Wache verordnete Johannes-Kathedrale liegen seit dem Erdbeben von 1862 in Ruinen.

Ein Leuchtturm als Denkmal für die „Titanic“. Die amerikanische „Benefit-Society“ für Seeleute hat den Plan gefaßt, sofort mit der Sammlung von Geldern zu beginnen, die dazu dienen sollen, den Opfern der „Titanic“ ein Denkmal zu errichten. Man will diesem Denkmal die Form eines Leuchtturmes geben, und zwar steht der Plan die Errichtung dieses Leuchtturmes über dem neuen Pein des Seemannsinstitutes in Coenties Slip vor. Der Turm soll grünes Licht erhalten und über den ganzen Hafen bis nach Sandy Hook sein Leuchttower ausstrahlen, zum Gedächtnis an die Ingenieure, die ihre Fehler an Deck schickten, während sie selbst den sicheren Tode entgegengingen; zum Gedächtnis an die Musikanten, die tapfer spielten während das Wasser schon an ihre Instrumente drang, zum Gedächtnis an die Offiziere und an die Besatzung, die ihre Pflicht ihrer persönlichen Sicherheit voranstellten, und zum Gedächtnis an die unglücklichen Menschen im Zwischendeck, die dahingehen mußten, ehe sie das Land ihrer Träume, das Amerika der unbegrenzten Möglichkeiten erreichten. Die Pläne für diesen Leuchtturm werden bereits vorbereitet, die Kosten des Baues sind auf 40.000 Mark veranschlagt.

Der Prozeß wegen des Romans „Die Verführten“. Die Strafkammer in Berlin sprach heute, nach längerer Verhandlung, den Verfasser des Romans „Die Verführten“, den Schriftsteller Hans Spon, und den Verleger des „Pan“-Verlages von der Anklage der Verbreitung und Herstellung unzüchtlicher Schriften frei. Der Roman „Die Verführten“, der i. n. u. e. r. g. i. t. v. o. r. w. a. r. t. s. zuerst veröffentlicht wurde, sei ein gutes Werk von moralischer Tendenz, das als Kunstwerk angeprochen werden müsse.

Schlachtfeld der Arbeit. Ein schwerer Unglücksfall, bei dem zwei Arbeiter tödlich verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittag auf einem Neubau auf der Tempelhofer Chaussee. Der Maurer Ernst Berger stürzte aus einer bisher unbekanntem Ursache aus dem vierten Stockwerk ab auf die Straße herunter und riß im Fallen noch einen zweiten Arbeiter mit sich in die Tiefe. Beide Arbeiter blieben tödlich verletzt auf der Straße liegen. Sie wurden zwar sofort in das Krankenhaus überführt, doch besah nach den Aussagen der Ärzte keine Hoffnung, die Verunglückten am Leben zu erhalten.

Von einem Bau in Jugbert (Bayern) stürzten vier Arbeiter aus beträchtlicher Höhe ab. Einer war sofort tot, zwei andere wurden lebensgefährlich und der vierte schwer verletzt.

Attentat auf den D-Zug. Gestern abend wurde gegen acht Uhr, als auf den Bahnsteigen eine zahlreiche Menschenmenge anwesend war, auf dem Bahnhof Friedrichstraße auf den Berlin-Königsberger D-Zug ein verwegenes Attentat verübt. Ein Unbekannter feuerte mehrere Schüsse gegen die Scheiben eines Waggons ab. Die Kugeln gingen durch zwei Fenster eines Waggons und zertrümmerten diese. Glücklicherweise wurde durch die Schüsse niemand von den Fahrgästen verletzt. Der Täter konnte in dem dichten Menschengewühl unerkannt entkommen und ist bis zur Stunde noch nicht ermittelt.

Sehtausend Mark unterschlagen. Nach Unterschlagung von 10.000 Mark ist heute der 35-jährige Reisende Ulbrich in Wehr in verhaftet worden. Ulbrich war in einem Kohlengeschäft beschäftigt, hat höhere Beträge einsteuert und für sich verwandt. Die Unterschlagungen hat er durch Fälschungen der Fakturen längere Zeit verdeckt.

Mordprozeß Trenkler auf unbestimmte Zeit verlagt. Die Verhandlung gegen den des dreifachen Mordes angeklagten Schlosser Oswald Trenkler mußte wegen andauernder Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten auf unbestimmte Zeit verlagt werden.

Gochwasser. Infolge heftigen unablässigen Regens steigen die Flüsse und Bäche rapide. In Osttirol traten mehrere große Bäche über die Ufer und haben weite Flächen Land überschwemmt. Die Ortschaften St. Johann, Crispendorf und Waldbing wurden vollständig unter Wasser gelegt. Der Ort Köpfen ist vom Verkehr vollständig abgeschnitten. Zwei Wälder sind fortgerissen worden. Von Innsbruck wurde für die arg bedrängte Einwohnerlichkeit dringend Hilfe verlangt. Im Teltale ist ebenfalls große Ueberschwemmungsgefahr. Der Sechlußstieg gestern um reichlich zwei Meter.

Selbstmord eines Kapitän's auf sinkendem Schiff. Der holländische Dampfer „Gravenhagen“ fand auf der Nordsee in hilflosem Zustande den norwegischen Dreimaster „Gaabet“ mit einer Ladung Holz nach England unterwegs. Die Leiche des Kapitän's befand sich an Bord. Von der Mannschaft fand man keine Spur. Man nimmt an, daß diese ertrunken ist und daß der Kapitän angesichts des Unterganges des Schiffes sich selbst den Tod gegeben hat. Das Schiff ist nach Amsterdam eingeschleppt worden.

Die Vorbereitung für die „Volkswacht“

Die Vorbereitung für die „Volkswacht“ wird auch im Sommer fortgesetzt. Sonntag, den 12. Mai, ist die nächste Agitation vom Lokale Heinrichstraße 5 aus.

* Genosse Eduard Bernstein, der heute Abend vor seinen Wählern über die Wehrvorlagen sprechen wollte, ist plötzlich erkrankt, so daß er eine Rede nicht unternehmen kann.

* Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, Ortsverband Breslau, bittet uns um die Aufnahme nachstehender Erwähnung: Unseren Protest gegen die Ueberhebung der Breslauer Bühnen bei der Aufführung eines Schpiels zur Jahrhundertfeier haben wir sämtlichen hiesigen Blättern mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt.

Sämtliche Zeitungen haben unserer Bitte entsprochen; die „Breslauer Zeitung“ allein hat die Ueberhebung unseres Protestes mit Ausführungen begleitet, die, anstatt seine Berechtigung anzuerkennen, eine Verunglimpfung der großen Zahl der Breslauer Bühnengehörigen enthalten.

Wir haben uns über die Nichtachtung bedauert, die uns zuteil wird, wenn er bei dem seit Jahren erlitten und vielschicht auf viele Jahre langter Unlust, der Breslauer Bühnengehörigen einen größeren Kreis von Freunden zu geben, was es aus dem Bereich der Breslauer Theater von der wichtigsten theatralischen Veranstaltung von vornherein ausgeschlossen und es dadurch in der weiteren Entwicklung behindert hätte.

Es ist die unbedingte Schädigung des künstlerischen Ansehens von großen strebsamen Bühnenkörpern, die uns Anlaß zur Klage gegeben hat. Die „Breslauer Zeitung“ aber unterstellt den Breslauer Bühnengehörigen, sie hätten sich bei dem Proteste von dem Gesankten lösen lassen, wie nicht die Auslösung am meisten, und sie hält es sogar für angebracht, von einer „unberechtigten Entziehung“ und von einer „wohl nur künstlichen Entlassung“ der Breslauer Bühnengehörigen zu sprechen.

Ob es die „Breslauer Zeitung“ für ihre Aufgabe hält, Propaganda dafür zu machen, daß Breslau ein außerordentliches Glück mit seinen eigenen Bühnenkräften hat, das geplante Festspiel ausführlich genug darzustellen, haben wir freilich der „Breslauer Zeitung“ zu überlassen. Es ist aber unter Recht und unsere Pflicht, gegen Verunglimpfungen der Breslauer Bühnengehörigen durch die „Breslauer Zeitung“ hiermit Verwahrung einzulegen.

Der Verband Österreicher Schreiber- und Gartenvereine. Auf Einladung des Verbandes hielt in der Verbandssitzung am 1. Mai Herr Garteninspektor Dannerberg einen fesselnden Vortrag an der Hand der Pläne über die gesamte Gartenbau-Ausstellung zur Jahrhundertfeier. Gleichzeitig ist zum ersten Male über die vom Verbande geplante Müller-Schreibergarten-Ausstellung berichtet worden.

* Der 49. internationale Maschinenmarkt ist heute vormittag auf dem Valaisplatz bei schönem Wetter und zahlreichem Besuche eröffnet worden. Das amtliche Verzeichnis weist 352 Aussteller nach, die meistens landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel auf den Markt gebracht haben, der bis Sonnabend dauert.

* Achtung, Gastwirtsgehilfen! Auf verchiedene Anfragen gehen wir betamt, daß im Cafe Central, Dessauerstraße (Inhaber Wendinger) und im Etablissement Essensale (früher Doppelner Schlossbräu), Friedrich-Wilhelmstraße (Inhaber Weirauch) das Personal nicht organisiert ist. Das Cafe Geier, Gartenstraße 87, ist für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt.

* Achtung, Buxer und Studienteure! Freitag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses Vertrauensmännerführung der Buxer. Die Vertrauensleute, auch die dem Verein „Arbeitsnachweis“ angeschlossenen, werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Vom Verbandsvorstande ist Kollege Odenthal anwesend.

* Straßensperrungen. Die Kreuzung Alexistrafße — verlängerte Siebenhufenstraße wird wegen Neupflasterung ganz, die Kreuzung Alexistrafße — Gräbichenerstraße aus demselben Grunde halbtägig bis zum 26. d. Mts., die Märkischestraße vom Berlinerplatz bis zum Tor v. des Märkischen Bahnhofes wegen teilweiser Verlegung von Röhren und Neupflasterung vom 5. d. Mts. ab auf fünf Wochen für Fußverkehr und Reiter gesperrt. Für die Aufrechterhaltung des Fußverkehrs verkehrt auf der Märkischestraße ist durch Umleitung Sorge getragen.

* Der Kellner-Fesselbau, den der starke Wind am Abend des 21. April vom „Kupferhammer“ in Breslau losgerissen hat, ist seinem Heimatsort Nie der oder zwisch in Sachen zurückgeführt worden, dann weiter nach Böhmen, wo er im Walde bei Oberduschowitz unversehrt eingeklemmt wurde.

Vermischt und seit dem 29. v. M. die Blatter in Marie Bähr (genannt Walter), die zuletzt Theresienstraße 11 wohnte, war. Die 72 Jahre alte Frau ist mittelgroß, hat dunkles Haar und trug dunkles Jackett. Die Vermisste ist am genannten Tage aus dem Wenzel-Bande-Krankenhaus entlassen und seitdem nicht mehr gesehen worden.

* Schwerer Straßenunfall. Durch einen herrschaftlichen Wagen aus Weidenhof, der von dem Besitzer selbst geführt wurde, wurde am 8. d. M., abends 8 Uhr, vor der Kaiserbrücke, am Eingange zur Margaretenstraße, der Brauereiarbeiter Paul Wobnig von der Vorderseite überfahren und erlitt Verletzungen am Kopfe, Hautabschürfungen an anderen Körperteilen und Gehirnerschütterung. Ein Schuttmann schaffte den Verletzten in das St. Josefs-Kloster, wo er aufgenommen wurde.

* Straßenunfall. Am Mittwoch Abend um 9 1/2 Uhr kam auf dem Lehmstamm vor dem Grundstück 21/23 ein Arbeiter so unglücklich zu Fall, daß er, aus einer schweren Kopfwunde stark blutend, bewußtlos liegen blieb. Der Verletzte wurde nach dem Allerheiligen-Spitals gebracht.

* Zusammenstoß. Auf der Klosterstraße Ecke Lüchowstraße, stieß am Mittwoch Abend gegen 9 Uhr ein Expeditionsführer aus Brodau mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Während das Fahrzeug keine nennenswerten Beschädigungen erlitt, wurde der vordere Teil des Motorwagens erheblich beschädigt.

* Mächtige Kindesleiche. In dem Kanal, der durch den Garten des Krankenhauses der Elisabethinerinnen, Gräbichenerstraße 105, führt, wurde am 6. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, die Leiche eines männlichen Kindes gefunden, das etwa im 7. Monat der Entwicklung gestanden hat. An dem kleinen Körper fehlt der rechte Arm und die Leiche ist bereits in Verwesung übergegangen. Es wird gebeten, Angaben, die zur Ermittlung der Mutter führen können, an das Polizeipräsidium, Zimmer 31/32, gelangen zu lassen.

* Kirchhofdiebstahl. Eine Witwe von der Gräbichenerstraße wurde dabei gefaßt, wie sie Blumen von den Gräbern auf dem Gräbichener Gemeindefriedhof entwendete. Sie gab an, die Blumen wie Narzissen, Tulpen, Nelken usw. aus den Gräbhügeln heraus oder nahm auch in Läden befindliche Gewächse mit, um sie auf dem Grabe ihres verstorbenen Mannes, der auf demselben Friedhof lag, unterzubringen.

* Ein gewalttätiger Dieb. In einem Cafe auf der Albrechtsstraße wurde morgens einem Herrn dessen Stuhl gestohlen. Es gelang aber, den Dieb noch auf der Straße anzutreffen und es wurde ihm der Stuhl mit Hilfe eines Schutzmanns abgenommen. Darüber geriet dieser in solche Wut, daß er den Schutzmann tätlich angriff. Er mußte daher festgenommen und auf die Wache gebracht werden.

* Diebstahl. In der Milchstraße auf der Brandenburgerstraße wurde am Dienstag vormittag ein Kinderwagen mit Rädern, während seine Eigentümerin in die Küche hineingegangen war, aus dem Flur von einer unbekannten Frauensperson entwendet. — Um dieselbe Zeit wurde einem Kaufmann im Parteeial 4. Klasse des Hauptbahnhofes von einem Unbekannten ein Stuhl gestohlen.

* Gestohlen wurde am Mittwoch Abend der Kassierer des Kaiser-Theaters auf der Neuen Schneidmühlstraße aus dem Kassenraum ein Portemonnaie mit etwa 15 Mark.

* Beschlagnahme wurde ein Fahrrad mit Torpedofreilauf, schwarzen Felgen und Korgriffen, ferner ein Fahrrad „Sattel“ Nr. 72 778 mit schwarzen Felgen, ferner ein Fahrrad „Wanderer“ Nr. 129 705 mit Werkzeugtasche, ein Fahrrad ohne Marke Nr. 140 520 mit schwarzen Felgen und endlich ein Fahrrad „Raumanns Germania“ mit Muffenbremse und Korgriffen. Die Eigentümer dieser Fahrräder werden ersucht, sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums zu melden.

* Verloren wurden ein Perrenschirm, zwei Portemonnaies mit Inhalt, eine goldene Brille, eine silberne Wochse mit bläulichem Stein, eine Invalidenausweiskarte, eine goldene Damenuhr, ein Militärpaß, eine Monatskarte für Mai für die Bahn Breslau-Freiburg und eine silberne Halskette mit Anhänger.

* Zugestohlen ist ein gelb-weißer Kanarienvogel bei Jaschke, Auguststraße 143.

* Gefunden wurden eine rotbraune Lederhandtasche, eine goldene Damenuhr, zwei Herrenfahräder, eine chirurgische Spritze, eine Nadel mit Bernsteinperlen.

Aus dem Landkreis.

Achtung, Arbeiterjünger im Landkreis. Schon wieder müssen wir an die Bereitwilligkeit der Sängere appellieren. Die am kommenden Sonntag stattfindenden Frauenversammlungen sollen durch ein Lied eingeleitet und geschlossen werden, deshalb richten wir die Bitte an die Arbeiterjugendvereine im Landkreis, die in ihren Lokalen stattfindenden Versammlungen durch ihren Gesang zu verschönern.

* Schmiedefeld, 8. Mai. Die Gemeindefreireferierung vom 7. Mai dauerte nur eine kurze Zeit, da zwei von den Bezirken abwesend waren. Der Amtshorheher Herr von Wallenberg erinnerte die Gemeinde an die kontraktliche Verpflichtung wegen der Straßenpflasterung des südlichen Teils von Schmiedefeld. Da aber der Herr Amtshorheher die Finanzen von Schmiedefeld kennt, hat er den Kontakt bis 1915 verlängert, was auch von der Vertretung genehmigt wurde.

Gingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir hiermit aus unserm Bezirke für die wir nur die freigelegte Verantwortung übernehmen Redaktion der „Volkswacht“.)

Die Straßenbahnstrecke 16. Nach der Verstadtlung der Straßenbahn war man wohl allgemein der Ansicht, daß jetzt für jeden große Verbesserungen und Verbilligungen eintreten würden. Von einer Verbilligung habe ich aber nichts gemerkt, im Gegenteil ist meine Karte teurer geworden. Sonst fuhr ich für 10,20 Mts. das Vierteljahr, jetzt muß ich 17,50 bezahlen, und befahre denselben Teil wie früher, das ist vom Weizenburger Platz bis Graupenstraße. Die Strecke 16 ist also in drei Teile geteilt worden und zwar: Südpark-Obertorbahnhof (16a), Obertorbahnhof-Lohestraße (16b), Königsplatz-Kaiserstraße (16c). Jede der drei Strecken kostet 10,20 Mts. und 16a und 16b 17,50 Mts. Da ich doch aber den größten Teil der Strecke nicht befahre, empfinde ich es als eine Härte, für diesen kleinen Teil 17,50 zahlen zu müssen. Es würde gut sein, wenn der Karteninhaber allgemein begünstigt werden, wenn die Strecke 16 nur in zwei Teile würde geteilt werden. Mein Vorschlag wäre: Südpark-Kaiserstraße (16a), Königsplatz-Lohestraße (16b). Durch diese Teilung der Strecke würde der Magistrat wohl allen Karteninhabern gerecht werden. Sollte aber die Dreiteilung bestehen bleiben, so wäre es sehr erwünscht, die Strecke (16c) von der Kaiserstraße bis mindestens Pöschelstraße. Jede Viktorienstraße, gehen zu lassen; dann wäre auch die Fahrzeit auf allen drei Strecken so ziemlich dieselbe.

Neueste Nachrichten.

Bis zum Herbst vertagt?

Frankfurt a. M., 9. Mai. Der Frankfurter Zeitung wird aus Berlin telegraphiert: Der Deutsche Reichstag dürfte nach Erledigung des Etats und der Wehrvorlagen vor Pfingsten etwa bis zum Herbst vertagt werden. Natürlich würden dann auch die Deckungsfragen vertagt werden müssen. Der Entschluß dazu wird erleichtert durch die Erkenntnis, daß nach den bisherigen Verhandlungen über die Branntweinsteuererhöhung eine Einigung doch nicht erzielt werden dürfte.

Der Volschafteiwchsel.

Weska, 9. Mai. Die die „Tägliche Rundschau“ erfährt, hat der Reichherr Marschall von Bieberstein den kaiserlichen Volschafteiwchsel in London bereits definitiv angenommen. Als sein Nachfolger in Konstantinopel gilt der Reichherr von Wangenheim, dessen offizielle Ernennung jeden Augenblick erfolgen könnte.

London, 9. Mai. In den hiesigen politischen Kreisen glaubt man, daß gleichzeitig mit der Berufung des bisherigen Volschafteiwchlers in Konstantinopel, des Reichherrn Marschall von Bieberstein, an den Londoner Volschafteiwchler durch den englischen Volschafteiwchler in Berlin, Herr Goschen, zurücktreten wird, und daß dieser wichtige Posten dem bisherigen englischen Kriegeminister Lord Salisbury angeboten werden soll. Diese Ernennung würde für ganz Europa von außerordentlicher Bedeutung sein.

London, 9. Mai. Die „Pal-Mal-Gazette“ will erfahren haben, daß der Zweck des kaiserlichen deutschen Volschafteiwchlers in Konstantinopel, Reichherr Marschall von Bieberstein, sei, seinen Sondermissionen in England ein weit bestimmter sei, als man bisher angenommen habe. Ein deutsch-englisches Abkommen über die portugiesische Kolonien solle unmittelbar bevorstehen, wenn es zur Stunde nicht schon im Prinzip festgelegt worden ist. Da Portugal jedoch seine Kolonien nicht zu veräußern gedenke, so handele es sich um eine Veränderung in der Souveränität, jopdem nur um wirtschaftliche Einleitungen in Interessensphären für Deutschland und England. Reichherr Marschall von Bieberstein solle, wenn möglich, das Abkommen auf orientalische Gebiete und auf eine endgültige Erledigung des Baadabahnprojekts ausdehnen. Diese deutsch-englischen Verhandlungen seien daher ein internationales Ereignis von außerordentlicher Bedeutung.

Thom Man vor den Geschworenen.

London, 9. Mai. Thom Man wird heute vor den Geschworenen des Schwurgerichts in Manchester erscheinen. Er erklärte dem Richter, daß er sich selbst verteidigen wolle. Nach einer Uebung aus New-Castle haben die dortigen Arbeiterorganisationen beschloßen, den Generalkreisl sofort zu proklamieren, selbst gegen die Ansicht ihrer Führer, wenn Thom Man verurteilt werden sollte. In den Arbeiterkreisen beklagt man sich lebhaft wegen der Parteilichkeit, womit bei Konflikten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern von den Behörden, namentlich aber von den Gerichten, vorgegangen wird.

Zur Auflösung der belgischen Kammer.

Brüssel, 8. Mai. Das Dekret betreffend die Auflösung der belgischen Kammer wird am nächsten Freitag im Senat vom Ministerratspräsidenten und Kabinettschef verlesen werden. Die Neuwahlen finden, wie bereits festgelegt worden ist, am 9. Juli statt.

Zur Dardanellenmeerengöffnung.

Konstantinopel, 9. Mai. Das Programm der bevorstehenden Durchfahrt der Schiffe durch die Dardanellenmeerenge ist nun endlich festgestellt und den geeigneten Behörden überwiebert worden. Die auf die Durchfahrt zur Zeit schon seit Wochen wartenden Schiffe erhalten jetzt ihre Ordnummernummer. Ihre Zahl ist durch den Zuwachs aus dem Schwarzen Meer nunmehr auf 180 gestiegen. Täglich werden 60 Schiffe ausfahren, jede halbe Stunde vier.

Untergegangen deutscher Dampfer.

Newyork, 8. Mai. Der Frachtdampfer „Augsburg“ der deutsch-australischen Dampfergesellschaft, der am 2. Februar er. mit Kapitän Winter und 38 Mann nach Java abgegangen ist, ist seitdem verlohren. Man nimmt an, daß er untergegangen ist.

Am Mississippi.

New York, 9. Mai. Am Mississippi ist die Lage sehr hoffnungsvoller. Gegenwärtig scheint das Wasser bereits stark zu sinken. Die Hauptursache dieser günstigen Wendung liegt darin, daß das Wetter plötzlich ein recht kühles geworden ist. Der bisher bekannt gewordene Schaden, den die Ueberschwemmung angerichtet hat, wird auf mindestens fünfzig Millionen Dollar geschätzt.

Wichtiges.

100. Es die Räume als Wohnräume benutzt werden dürfen, darüber entscheidet die Baupolizei. Wenden Sie sich an den städtischen Wohnungsinspektor, der sein Bureau an der Güttenstraße hat. Vorläufig bleibt Ihnen nichts übrig, als die Fenster mit Vorhängen zu verziehen.

W., Herstraße. Das Gehalt des Berliner Oberbürgermeisters beträgt 26.000 M.

B., Neumarkt. Der Arbeiter, der einem gerichtlichen Bändungsbericht gegenüber dem Arbeiter seine Mimente vom Lohn abtrug, hat dafür als Dürftigkudner und muß die Unterhaltsgelder aus seiner eigenen Tasche zahlen.

106 J. Der herrschaftliche Kutscher kann trotz dieser schlechten Behandlung leider nicht ohne weiteres den Dienst verlassen; er muß das Jahr abdienen. Vielleicht läßt sich sonst eine vorzeitige Auflösung des Dienstverhältnisses erreichen.

B., Peiserwitz. Von uns ist kein Geld abgeschickt worden.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 9. Mai: Volksversammlung im großen Saal.

Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—1 1/2 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 10. Mai: Arbeiter. Versammlung im Zimmer 1.

Stenographen. Übungsabend Punkt 8 1/2 Uhr im Zimmer 3/4.

Buxer. Vorst ndsitzung im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 4 (Nitolaitor).

Montag, den 13. Mai, abends 8 Uhr: Zahlabend im „Schweizerhof“, Schweizerstraße 23. Wahl von Bezirksführern.

Am 11. Mai veranstaltet der Distrikt ein Maikränzchen mit Ausflug. Karten für Herren 40 Pf., Damen 25 Pf., sind noch bei den Bezirksführern zu haben. Die Distriktsleitung.

Distrikt 9a (Obertor).

Sonntag, den 12. Mai früh 8 Uhr, vom Lokal Heinrichstraße 5 aus: „Volkswacht“-Agitation. Es gilt, den sehr niedrigen Abonnentenstand unserer Presse im Distrikt zu heben. Versäume daher keiner, sich an der wichtigen Arbeit zu beteiligen.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land-Neumarkt).

Land-Distrikt 9 (Bezirk Groß-Mochern). Donnerstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr bei Schreier: Frauen-Abend. Tagesordnung: 1. Lebensmittelwucher und Warenveruerung. 2. Negerin: Genosin G. Behrens aus Breslau. 3. Wie agitierten wir unter den Frauen? 4. Verschiedenes.

Land-Distrikt 13 (Bezirk Kossfürben, Tschauhelwitz, Tauer, Weizwitz, Kreika, Polkanitz, Wangera, Boenanau und Sürding). Sonntag, den 12. Mai, nachm. 3 Uhr, bei Krause in Tschauhelwitz: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Perkmann-Breslau. 2. Unsere Agitation. 3. Verschiedenes. — Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung. Mittwoch, den 8. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratlich: Dr. Soli.

Mischehenfrage.

Abg. Erzberger (Zentr.): Was der Staatssekretär in seiner Rede vertreten hat, und was der Antrag Dr. Brabant will, heißt das Maß am Schwanz aufhängen. Man will keine Mischehen und verbietet die Mischehen. Dabei steht fest, daß 99 Prozent der Mischehen aus dem Konkubinat von Weissen und Schwarzen stammen. Wo bleibt da die Logik? Da müßte man viel eher Maßnahmen gegen den außerehelichen Geschlechtsverkehr treffen. Davon habe ich aber bisher nichts gehört. Möge der Staatssekretär doch gegen seine Beamten, die sich mit Schwarzen abgeben, ebenso streng vorgehen, wie es England tut, das solche Beamten entläßt oder verweist. In erster Linie sollten verheiratete Beamte in die Kolonien geschickt werden, das ist viel wirksamer als ein Verbot der Ehe zwischen Weissen und Schwarzen. Eine Ehe zu verbieten, ist eine Brutalität im ersten Range. Es ist das Naturrecht jedes Menschen, sich so zu verheiraten, wie er es für richtig hält. Samoa ist ganz christlich. Sie verbieten also die Ehe zwischen Weissen und Schwarzen. Das ganze ist ein bloßer Luftballon, denn die Trauung kann von jeder fremden Nachbarskolonie vollzogen werden und hat dann Gültigkeit auch für die deutschen Kolonien. Ich kann Sie nur bitten, an dem Beschluß der Budgetkommission festzuhalten. Bravo! im Zentr.) Ich bedauere es, daß man in dieser Frage nur die Unternehmung der Sozialdemokraten

haben, um eine christliche Idee durchzuführen. (Beifall der Sozialdemokraten.) Seien Sie doch froh, wenn Sie einmal von mir eine Anerkennung hören! (Zuruf der Sozialdemokraten: Wir verzichten dankend.)

Abg. von Böhndorff-Köln (Kons.): Wir legen den Hauptwert auf die Erziehung der Beamten, damit sie mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. von Nischthofen (Natl.): Durch das Verbot der Mischehen wollen wir das Rassegefühl der Weissen zu stärken, um auch die außereheliche Geschlechtsverehrung zwischen Weissen und Schwarzen aufzuheben. (Lachen im Zentr. und b. d. Soz.)

Abg. Dr. Brabant (Vpl.): Dieser Erlass gibt gute Belegarbeit, die Selbstverwaltungsorgane in den Kolonien zu tätigen, wie es unter Antrag beabsichtigt.

Abg. Dr. David (Soz.): Der Versuch der Konservativen, ihre Haltung mit dem Christentum in Einklang zu bringen, ist gänzlich mißlungen. Wenn Sie auf dem Standpunkt der christlichen Religion sie ein, die

bi: Gotteskindlichkeit aller Menschen

ur Basis für ihre Moral macht, in der Sie nicht den geringsten Anlaß finden, die Menschen verächtlich zu werten und die auferstehen noch sagt, daß die Ehen im Himmel geschlossen werden. Weiterheit und sehr gut bei den Soz.) und wenn Sie es trotzdem hier unternehmen, Sturm zu machen gegen die Eheverhältnisse zwischen Christen — denn darum handelt es sich in Samoa — dann ist das ein solcher Widerspruch, der mit geheimer Logik nichts zu tun hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Was das Braument der Rasseinheit betrifft, auf das sich die Nationalliberalen und Freisinnigen stützen, so wird es durch die Tatsache, daß 99 Prozent der Mischkinder unehelich sind, vollständig über den Haufen geworfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Behauptung des Herrn v. Nischthofen, das Eheverbot wäre ein Weg, die Zahl der unehelichen Mischkinder zu vermindern, beweist auch wieder eine Logik, bei der man sich an den Kopf greift. Wenn man die Eheverhältnisse zwischen Weissen und Farbigen verhindert, so wird der Erfolg nur der sein, daß aus 99 Prozent unehelicher Mischkinder 100 Prozent werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Nischthofen meinte, wenn man die Ehe verbiete, so würde dadurch ein starkes Rassegefühl bei den Weissen erzeugt, so stark, daß sie in den Kolonien — Entschuldigend! — über das was meinten Sie? (Große Heiterkeit) Wenn Herr v. Nischthofen diese Konsequenz nicht ziehen will, so rät er damit keine ganze Logik wie ein Kartenhaus über den Haufen, und diese Konsequenz zu ziehen, gemert er sich noch etwas, so weit kennt er doch die menschliche Natur, daß er weiß, daß auch ein starkes Rassegefühl gegenüber einem noch elementareren Gefühl die Segel streicht. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Erlass des Staatssekretärs ist zunächst auf die samoanische Bevölkerung gemünzt. Nun sind gerade

die Samoanerinnen

ein hervorragendes schönes, gesundes Volk, geradezu typische Schönheiten. (Ein Sozialdemokrat ruft: Woher weißt Du? Große Heiterkeit.) Das will ich Dir sagen: Im vorigen Jahre war eine große Samoanertruppe in Berlin, da konnte man sich überzeugen, alle Fachgelehrten bestätigen es.

Mancher Weiße könnte vielleicht mit einer Samoanerin seine eigene Nachkommenschaft nicht deardieren, sondern aufbessern. (Große Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Jedenfalls sind die Samoanerinnen nicht in einem Topf zu werfen mit den Negern. Sie sind nahe verwandt mit den Japanerinnen. Wir hören zuweilen, daß

ein Gesandter eine Japanerin heiratet

und dann kommen die allerhöchsten Herrschaften und gratulieren ihm, da scheint man das Rassegefühl gänzlich verloren zu haben. (Sehr gut! bei den Soz.) Nun sagt man, die Beamten sollen mit gutem Beispiel vorangehen, seither war das nicht der Fall, eher das Gegenteil. Wollte man alle Beamten zur Rechenschaft ziehen, die ihrerseits die Mischlingsbevölkerung vermehren, so wäre ein ganzer Rattenkönig von Prozessen die Folge. Unser Standpunkt ist der, es soll Sache der Selbstregierung, der Selbstsucht jedes einzelnen sein, für die Güte seiner Nachkommenschaft zu sorgen. Das ist eine Forderung der sexuellen Moral. Wir wünschen auch nicht, daß planlos eine Mischbevölkerung erzeugt wird. Aber wir wollen nicht, daß da, wo es geschieht, die Frauen und die Kinder sozial degeneriert werden, daß man ihnen das Brandmal ausdrückt, wie auch bei uns leider den unehelichen Kindern, die doch wahrhaftig nichts dafür können, daß sie nicht in einer Ehe erzeugt sind. Deshalb sind wir aus Gründen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit gegen das Verfahren, das Sie einschlagen wollen. (Veh. Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Erzberger (Zentr.) und Freiherr v. Nischthofen (natl.) schließt die Debatte.

Die Resolution der Budgetkommission, die einen Gesekentwurf verlangt, welcher die Gültigkeit der Ehe zwischen Weissen und Eingeborenen in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt, und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche etwa das Bürgerliche Gesetzbuch zur Zeit nicht Anwendung findet, wird in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 133 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen. Mit der aus Sozialdemokraten und Zentrum bestehenden Mehrheit stimmen auch einzelne Freisinnige, die Abg. Gothein, Kerschenshtern, Fegler, Deyn, sowie die Christlichsozialen.

Es folgen die Abstimmungen über die Abänderung der Bestimmungen der

Geschäftsordnung über Interpellationen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die Anträge der Geschäftsordnungskommission angenommen.

Ueber den Antrag der Konservativen, daß bei der Beantwortung einer Interpellation die Stellung eines Antrages unzulässig sein soll, wird namentlich abgestimmt; er wird mit 203 gegen 67 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Nach Schluß der Abstimmung erklärt:

Präsident Raab: Die neue Geschäftsordnung tritt meines Erachtens sofort in Kraft. (Zustimmung) Der erste Tag für kleine Anfragen ist also der nächste Freitag nachmittags 1 Uhr. Im Interesse des Geschäftsganges schlage ich vor, daß am Mittwoch bis zum Schluß der Sitzung etwaige Anfragen dem Bureau des Hauses übergeben werden. (Zuruf: heute!) Jawohl, wenn die Anfragen heute am Schluß der Sitzung dem Bureau übergeben werden, so ist nur noch knappe Zeit dazu, sie dem Reichskanzler zu übermitteln und ihm die Zeit anzugeben, die Antwort vorzubereiten. Wenn am Dienstag der Tag für die kleinen Anfragen ist, so schlage ich vor, diese Anfragen am Sonntag bis zum Schluß der Sitzung dem Bureau zu übergeben. Das Haus ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Es folgen die Abstimmungen über den Vorschlag der Geschäftsordnungskommission betr. die Mindeststärke der Fraktionen und die dazu gestellten Anträge.

Der Antrag v. Camp (Mp.) die „Jugendlichen“ bei einer Gruppe für die Unternehmung als Fraktion mitzuzählen, wird wegen die Stimmen der Rechten und eines Teils des Zentrums abgelehnt.

Der Antrag Schulz (Reichsp.): Die Vereinigung der Mitglieder und Pointanten einer Partei bis auf weiteres als zur Teilnahme an Kommissionen und am Seniorenkongress auszureichend anzuerkennen, wenn sie mit den „Jugendlichen“ 15 Mitglieder erreicht, wird in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 146 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Abgelehnt wird auch der Antrag Albrecht, die Vertreter einer Partei über 1000 Alter bei den Wahlen abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat als Fraktion anzuerkennen.

Angenommen wird nur der Antrag der Kommission, daß nur eine Mitgliedervereinigung von mindestens 15 Mitgliedern (Vollmitgliedern und Pointanten, als Fraktion anzuerkennen ist.

Es folgt die zweite Beratung

des Etats für das Reichskassamt.

Dazu liegt eine Resolution Albrecht (Soz.) und Genossen vor, die Verbündeten Regierungen zu eruchen, die Unstimmigkeiten und Partien, die sich bei der Einteilung der Dienstklassen ergeben haben, baldmöglichst zu beseitigen.

Abg. Macken (Zentr.) erklärt, daß seine Freunde für die Resolution stimmen würden.

Reichskassachefsekretär Kühn: Im Jahre 1912 wird eine völlige Nachprüfung der Klasseneinteilung erfolgen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat die Beträge, einzelne Orte in eine höhere Klasse eingereiht, wenn ein Bedürfnis dazu sich ergibt. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat bereits in nicht unerheblichem Umfang Gebrauch gemacht. Im vorigen Jahre sind 67 Orte in eine höhere Dienstklasse eingereiht worden. Wenn neue Tatsachen in einem Orte vorliegen, wird das auch in Zukunft geschehen.

Abg. Ebert (Soz.): Die Art, wie der Bundesrat von seiner Befugnis Gebrauch gemacht hat, hat in weiten Kreisen der Beamenschaft Beunruhigung hervorgerufen. Außer Stuttgart sind es fast nur kleine Orte mit wenig Beamten, die in eine höhere Dienstklasse gekommen sind. Die Petitionen der größeren Städte sind fast völlig ohne Erfolg geblieben. Dies Ergebnis ist wohl zurückzuführen auf die neuen Grundzüge, die der Bundesrat bei der Prüfung dieser Petitionen angewandt hat und die erheblich von den Grundzügen abweichen, die seinerzeit Reichstag und Abgeordnetenhauses im Einverständnis mit der Regierung aufgestellt hatten. Das Verfahren des Bundesrats ist auch deshalb nicht einwandfrei, weil dadurch die Einseitigkeit der Dienstklasseneinteilung durchbrochen worden ist und mit zweierlei Maß gemessen wird. Es ist überhaupt recht merkwürdig, daß man das Reichskassamt mit der Prüfung dieser überaus sozialpolitischen Petitionen beauftragt hat. Ich will nicht sagen, daß man dadurch

den Wolf zum Gärtner gemacht hat.

(Heiterkeit.), aber es ist doch ganz natürlich, daß das Reichskassamt bei seinen Entscheidungen, in erster Linie von finanziellen Gesichtspunkten ausgeht; anstatt des Steuerpolitikers des Schwarzblauen-Büros ist es beabsichtigt, daß der Staatssekretär in seiner Steuersehen darauf bedacht ist, möglichst viel Aufschüsse herauszubekommen. Diese Sparmaßnahme ist aber hier am wenigsten angebracht, denn hier wird gespart auf Kosten der Gesundheit der Beamtenfamilien. Vor allem hat unter diesem Verfahren die Unterbeamtenklasse zu leiden. Den Unterbeamten hat man ein Wohnungsbedürfnis von zweieinhalb Zimmern zuerschaffen. (Zuruf: hört! bei den Soz.) Dabei sind mehr als 90 Prozent aller Unterbeamten verheiratet und haben im Durchschnitt vier Kinder. Im Westen versteht man darunter meist eine Küche, ein Wohn- oder Schlafzimmer und eine Dachkammer. Hier handelt es sich um einen wesentlichen Teil der Wohnungsfrage, und ich möchte dringend bitten, daß die Regierung auch dieser Resolution die Beachtung zukommen läßt; sie verdient, und nicht nur die finanzielle, sondern auch die soziale Seite der Frage erwidert. (Bravo! bei den Soz.)

Reichskassachefsekretär Kühn befreit. Die Regierung sich von den Grundzügen, welche die Kommission des Reichstages festgelegt hat, entfernt habe; finanzielle Erwägungen seien bei der Erledigung dieser Frage nicht maßgebend.

Abg. Dr. Quast (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der sozialdemokratischen Resolution.

Abg. Dr. Neumann-Söfer (Vpl.): Auch meine Freunde werden für die Resolution stimmen. Die Zölle und Steuern werden zwar für das Reich erhoben, aber von den Einzelstaaten, daraus erabst sich eine ganze Reihe unerschwinglicher Verbindungen des Zolltarifs. Eine einheitliche Regelung wäre für das Publikum und die Beamten bequemer und für das Reich billiger. Daher sollte man die ganze Zollverwaltung auf das Reich übernehmen.

Reichskassachefsekretär Kühn: Dem Wunsch des Vorredners steht die Verfassung entgegen, die klar und deutlich vorschreibt: „Die Erhebung und Verwaltung der Verbrauchssteuern bleibt jedem Bundesstaat innerhalb seines Gebietes überlassen.“

Abg. Dr. Landberg (Soz.): Meine Freunde unterstützen die Petition der Altrentner, die für sich selbst sprechen. Ferner protestiere ich gegen die ungerechte Behandlung der Stadt Magdeburg, die plötzlich, nachdem sie 36 Jahre lang der Servicelasse I angehört hatte, in eine niedrigere Servicelasse versetzt ist. Die Beschwerden der Beamten, denen der Wohnungsausschuss dadurch erheblich gefügt ist, sind berechtigt,

die Regierung sollte ihnen abheifen, indem sie Magdeburg wieder in die Servicelasse I versetzt.

Abg. Erzberger (Zentr.) tritt für die Erhöhung der Pensionen der Altrentner ein.

Abg. Zimmermann (Natl.) betont die Notwendigkeit einer stetigen Sanierung des Reiches.

Abg. von Orsten (Mp.) erklärt sich für die Resolution und für die Erhöhung der Pensionen für Altrentner.

Abg. Mollenhuth (Soz.): In Bezug auf die Erhebungsstellen für Zölle und Verbrauchssteuern ist insofern ein Wandel eingetreten, als wir jetzt nicht mehr, wie früher, aus dem Etat sehen können, wie hoch die Erhebungsstellen für die einzelnen Bundesstaaten sind. Eine solche Zusammenstellung sollte wieder herausgegeben werden und gleichzeitig die Summen, die die Einzelstaaten für die Erhebung wirklich ausgeben.

Ich möchte auf die schweren Schädigungen eingehen, die die Tabakarbeiter durch

das letzte Tabaksteuergesetz

erlitten haben. In den Rechnungsergebnissen der Berufs-gesellschaft liegt jetzt eine Grundlage vor, um diese Nachteile genau festzustellen. Daraus ergibt sich, daß im Durchschnitt die Lohnsumme der Tabakarbeiter in einer Reihe von Jahren bis 1909 um 8,85 Prozent gestiegen ist. Man hätte also annehmen können, daß diese durchschnittliche Steigerung weiter angehalten hätte, wenn nicht das Tabaksteuergesetz gekommen wäre. In den Jahren 1909/10 betrug nun nach dem Nachweis der Berufsgesellschaft der Lohnverlust der Tabakarbeiter, soweit sie gegen Unfall versichert sind, 77.630.000 Mark. (Zuruf: hört! bei den Soz.) Von diesem Lohnverlust sind gerade die Verarmtesten der Arbeiter betroffen, da in jeder Fabrik natürlich die schwächsten Arbeiter zuerst entlassen werden. Außerdem gibt es auch eine ganze Anzahl Tabakarbeiter, die nicht gegen Unfall versichert sind, die sogenannten kleinen Fabrikanten, die allein arbeiten und diese sind in die alleräußerste Not gekommen, denn sie haben überhaupt keinen Anspruch auf irgendwelchen Schadenersatz, wie er den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern durch das Tabaksteuergesetz zuverprochen war. Also hier kann man einmal ziffermäßig nachweisen, welches Unheil durch solche Gesetze hervorgerufen werden kann, und ich bitte den Reichskassachefsekretär, wenn es wieder gilt, ein Gesetz zu bedenken, nicht wieder zu einer solchen Steuer zu greifen, durch die Tausende und Abertausende der Allerärmsten dem Elend preisgegeben werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Jund (natl.): Was für Magdeburg gilt, gilt auch für eine Reihe anderer Städte. (Zustimmung.)

Abg. Althorn (Vpl.): Der sozialdemokratischen Resolution werden meine Freunde zustimmen. Aber allen wird man es nie rechtmachen können. — Die Pensionen der Altrentner werden auch von meinen Freunden unterstützt.

Abg. Wetmeyer (Wirtsch. Vg.) erklärt sich für die Wünsche der Altrentner und für die sozialdemokratische Resolution.

Die sozialdemokratische Resolution wird angenommen.

Beim Titel

Veteranenbeihilfe

frant Prinz zu Schönau-Carolath (natl.), was aus den schon im April 1910 einstimmig im Reichstag angenommenen Anträgen zu unsterben der Kriegsveteranen geworden ist.

Reichskassachefsekretär Kühn weist darauf hin, daß fünf Millionen Mark mehr in den Veteranenfonds eingesetzt sind und daß die Ausgabebestimmungen wesentlich milder gestaltet worden sind.

Abg. Welzer (Zentr.): In der Praxis ist aber die Ausführung dieser an sich guten Bestimmungen keine milde, sondern vielmehr eine recht harte. (Allgemeine Zustimmung.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. (Außerdem dritte Lesung der kleinen Strafgesetznovelle und kleinere Etats.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

8. Generalversammlung des Verbandes der Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen.

f. r. Berlin, den 6. Mai 1912.

Zweiter Verhandlungstag.

Nachdem zu Beginn der Verhandlungen die Begrüßungs-Ansprachen der als Gäste anwesenden fremden Verbands-Verere erfolgt, und auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission die Gültigkeit sechs angebotener Mandate beschlossen war, wurde in die Diskussion über das gestrige Rezitat und die aufgestellten Zeitfrage über die Kundigungsfrist der launmäntlichen Angestellten eingetreten. Es zeigte sich, daß diese Frage noch nicht bruchreif war. Die sämtlichen Redner — Lange, Hamburg, Mayer, Frankfurt, Schmidt, Berlin, Mayer, Berlin, Fehlinger, Essen — waren der Meinung, daß Beschlüsse in dieser Frage kaum angangig seien. Mayer, Frankfurt trat energisch für kurze Kündigungsfristen ein und die Meinung der übrigen Redner war ebenfalls kurze Kündigungsfristen, da dies unter allen Umständen zum Vorteil der Angestellten sei. Als Voraussetzung sei, daß eine starke Organisation vorhanden sei. Wenn man aber jetzt dazu übergehe, im gewerkschaftlichen Interesse kurze Kündigungsfristen zu verlangen, so sei nicht zu verkennen, daß das ein Bruch mit der ganzen bisherigen Praxis ist; zu solchen Beschlüssen sei die Frage noch nicht reif, vor allem haben die Mitgliedschaften noch nicht Stellung dazu genommen. Das Rezitat der kurzen Ausstrache war: das auf der Generalversammlung zusammengetragene Material wird den Mitgliedern im Druck zur Diskussion unterbreitet.

Dann schritt man zum Punkt: Generaldebatte über die vorgesehene Statutenänderungen. Es liegt dazu ein vom Vorstand eingereichter, vollständig neuer Statutenentwurf und eine lange Reihe aus den Mitgliedschaften gestellter Anträge vor. Lange, Hamburg legte kurz die Stellung des Vorstandes zu Entwurf und Anträgen dar. Das neue Statut soll sowohl das Beitrags- wie das Unterstützungs-wesen einer grundlegenden Veränderung unterwerfen. Der Beitrag, der bis jetzt 80 Pf. für weltliche und 120 Mark für männliche Mitglieder beträgt, soll in Staffelnbeiträge nach der Höhe des Einkommens der Mitglieder, umgeändert werden. Im Unterstützungs-wesen soll die Stellenlosen-Unterstützung ausgebaut, die Kranken- und Unfall-Unterstützung neu eingeführt werden. Der ganze Entwurf und die vorliegenden Anträge wurden ohne Diskussion einer ständigen Kommission übergeben.

Dann erstattete der internationale Sekretär, J. J. van Amsterdam, den Bericht über die internationale Konferenz der Handlungsgehilfen-Kongresse in Kopenhagen 1910. Der Bericht ist seinerzeit ausführlich im internationalen Bulletin erschienen. Augenblicklich sind dem Sekretariat, von dem man sagen kann, daß es sich auf dem besten Fuße befindet, angehängt, von denen die deutsche die stärkste, die Österreichische die zweitstärkste ist. Mit Frankreich, Italien und Amerika sind gegenwärtig Verhandlungen über den Anschluß im Gange. Alle dem internationalen Sekretariat angehängten Organisationen stellen sich ohne Rücksicht auf den Boden des Kampfes und gehen national und international mit den übrigen launbewußten Arbeitern Hand in Hand. Es zeigt sich also auch in anderen Ländern als in Deutschland das Klassenbewußt-

Erwachen der Handlungsgehilfen und die scharfe Kampfesstellung gegen das Unternehmertum. — Der Bericht wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, eine Diskussion knüpfte sich nicht daran.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit der Beratung des Punktes: Verschmelzung mit dem Verband der Lagerhalter. Hierzu war bereits in früheren Sitzungen zwischen den beiderseitigen Vorständen eine Basis der Verständigung gefunden, deren Bestimmungen jedoch in internen Beratungen vom gestrigen Tage noch etwas abgeändert wurden. Die gestern formulierten Verhandlungen sichern den Lagerhaltern eine entsprechende Vertretung im Hauptvorstande. Die beiden Vorstände des Lagerhalterverbandes werden vom Handlungsgehilfen-Verband übernommen. Die Lagerhalter können zur Erleichterung ihrer besonderen Angelegenheiten jedes zweite Jahr Reichskonferenzen stattfinden lassen. Beschlüsse, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lagerhalter betreffen, werden in letzter Instanz von der Reichskonferenz gefaßt. Die „Lagerhalter-Zeitung“ wird dauernd als Beiblatt der Handlungsgehilfen-Zeitung weitergeführt. Die im neuen Statutenentwurf des Handlungsgehilfenverbandes vorgesehenen Unterabteilungen: Stellenlosen, Kranken, Sterbender, genießen die Mitglieder beider Verbände vom Tage der Inkraftsetzung der neuen Statuten an die Verschmelzung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912 erfolgen.

Nach einer längeren Diskussion wurden diese Bestimmungen einstimmig aufgegeben. Reinholders, welcher als Vertreter des Lagerhalterverbandes in herablassender Weise die Hoffnung aus, daß beide Organisationen als Einheitsorganisationen ein harmonisches Zusammenarbeiten pflegen werden. (Beifall.) Die Organisation der Lagerhalter wird in einer außerordentlichen Generalversammlung ihre Entscheidung über die Verschmelzung treffen.

Dann wurde in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 23 Stimmen beschlossen, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen, eben als namentlich (mit 23 gegen 17 Stimmen) wurde als Name des Verbandes „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ bestimmt. Aus Breslau, Kiel und Magdeburg gestellte Anträge auf Einsetzung von Vertretern wurden dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. — Die Sitzung wird auf Dienstag vertagt.

Arbeiterbewegung.

Zum Ausstand in der Görlitzer Waggonfabrik.

Fünf volle Wochen sind nun vergangen, seitdem sich die übergroße Mehrzahl der Arbeiterschaft der Waggonfabrik durch das schroffe ablehnende Verhalten der Werkleitung dieses Betriebes gezwungen gesehen hat, zum Ausstand zu greifen. Fünf volle Wochen halten die Ausständigen, geschlossen wie zu Anfang, zusammen. Schon darin drückt sich aus, daß sich jeder einzelne bewußt war, was für ihn auf dem Spiele stand, als es hieß, darüber zu entscheiden, ob das Vorgehen der Direktion mit dem Ausstand beantwortet werden soll oder nicht. Trotz der anstrengendsten Versuche und trotzdem, daß keinerlei Geldmittel gescheut wurden, ist es der Direktion der Waggonfabrik nicht gelungen, den Betrieb so mit geeigneten Arbeitskräften zu besetzen, daß die Werkleitung sich damit brüsten konnte. Und selbst die in voriger Woche fertiggestellten drei internationalen Schlafwagen täuschen über diesen Mangel, der eine Ansumme von Geld verschlingen hat, nicht hinweg. Noch immer sucht die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale zu Görlitz in allen möglichen bürgerlichen Zeitungen gelehrte und ungelehrte Arbeiter, ein sicheres Zeichen dafür, daß es ihr trotz aller Anstrengungen immer noch am wichtigsten, an einer eingerichteten Arbeiterschaft fehlt. Und dieser Zustand wird auch bestehen bleiben, solange, wie bisher, der Zugang nach Görlitz streng ferngehalten wird. Es ist notwendig, daß den Interzonen und dem sonstigen Verden der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale zu Görlitz die größte Beachtung geschenkt wird. Ueberall, selbst an den kleinsten Orten sind freiwillige oder bezahlte Agenten für die Firma tätig, um Unkundige unter Vorbeugung falscher Tatsachen zu bereiten, nach hier zu gehen zwecks Annahme von Arbeit in der Waggonfabrik. So rufen auch geübte Arbeiter einige Leute aus Neuschädel ein, denen ein Verdienst bei dauernder Arbeit von 6,50 Mark pro Tag zugesichert worden war. Es ist selbstverständlich, daß die Werkleitung nicht daran denkt, diesen Lohn dauernd zu zahlen. Unter welchen Umständen die Leute hier die Arbeit aufnehmen sollten, davon hatte man ihnen natürlich nichts gesagt. Selbstverständlich dampften die Leute wieder ab, nachdem sie erfahren hatten, daß sie hier Streikbrecherdienst leisten sollten. Sie konnten es als ehrliche Arbeiter mit ihrem Solidaritätsgefühl nicht in Uebereinstimmung bringen, ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, selbst nicht für den festen Lohner eines zugesicherten „dauernden“ Verdienstes von 6,50 Mark pro Tag. Für jeden auf seine Arbeiterehre haltenden Arbeiter muß die Parole lauten, den Betrieb der „Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale zu Görlitz“ (Waggonfabrik) zu meiden, und Ehrenpflicht der Organisationen aller Verufe muß es sein, jeden Zugang nach Görlitz fernzuhalten.

Der Streik der städtischen Arbeiter in Tilsit ist, nachdem der Magistrat eine Verhandlung mit den streikenden Gas- und Wasserwerkarbeitern abgelehnt hat, auch auf die anderen Betriebe ausgedehnt worden. Zurzeit streiken 140 Arbeiter. In den nächsten Tagen kommen noch 20 Mann hinzu. Alle Bemühungen der Verwaltung, Arbeitswillige zu erhalten, sind bisher ohne Resultat geblieben. Würde nicht die Feuerwehr Streikarbeit verrichten müssen, dann wäre die Stadt schon längst ohne Wasser und Licht gewesen. Doch die Ung Zufriedenheit unter den Feuerwehrleuten wegen Verzichtung der Streikarbeit nimmt immer mehr zu. Die bürgerliche Presse Tilsits speit auf die Streikenden und die Streikleitung Gift und Galle. In letzter Zeit ist der Schwund in die Welt gesetzt worden, die Forderungen der Arbeiter seien schon bewilligt. Als die Streikleitung der Sache auf den Grund ging, stellte sich heraus, daß der Magistrat die vor einem halben Jahre eingereichten Forderungen der Arbeiter hätte drucken lassen und den einzelnen Verhandlungen zugesetzt hätte, damit sie sich hierüber äußern könnten. Das hat nun die bürgerliche Presse gehört und kann die Nachricht verbreiten, daß die Forderungen schon bewilligt seien. Es wird gebeten, nach wie vor jeden Fugzug von Handwerker und Arbeitern nach den städtischen Betrieben Tilsits streng fernzuhalten.

Fortsetzung des Streiks auf der Vulkanwerft. Die streikenden Arbeiter der Vulkanwerft haben mit 2293 gegen 529 Stimmen die Fortsetzung des Streiks beschlossen, bis die Angelegenheit des entlassenen Vertrauensmannes durch ein unparteiisches Schiedsgericht erledigt werden kann. Die Arbeiter der Werft Blohm und Vog haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Lohnbewegung der Bauarbeiter in der Provinz Brandenburg. Der Streik der Maurer in Düringshafen an der Ostbahn ist mit bestem Erfolge beendet worden. Es kam

zum Abschluß von 4 Pf. zweijährigen Verträgen und einer Lohn-erhöhung von 2 Pf. die Stunde.

In dem Streik in Nordera an der Povel waren Maurer und Baubildarbeiter beteiligt. Nach zweijährigen streikenden Streik wurde ein Vertrag abgeschlossen, der sowohl für Maurer wie für Baubildarbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 Pf. vorsieht.

Mit nur teilweisem Erfolge endete der Streik der Maurer in Pienitz in der Mark. Infolge nicht genügender Organisation konnte nur eine Lohnerhöhung von 1-2 Pf. erreicht werden.

Metallarbeiterstreik über Süddeutschland. Die am Dienstag in München zu einer Konferenz versammelten Vertreter der süddeutschen Gruppe des Metallindustriellenverbandes haben nach der „Fr. Ztg.“ einstimmig beschlossen, am 1. Juni die Auslieferung von 60% der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter über ganz Süddeutschland auszudehnen, falls bis dahin keine Einigung in ihrem Sinne erzielt werden sollte.

Ein neuer englischer Niesenstreik in Sicht. Nachdem der Londoner Transportarbeiterverein am Dienstag beschlossen hat, den streikenden Seeleuten der Peninsular and Oriental Company zu Hilfe zu kommen, ist eine Wiederholung des großen Arbeiterkrieges vom Herbst letzten Jahres wahrscheinlich geworden. Falls die genannte Kampfgesellschaft nicht nachgibt und wenigstens auf ihren früheren Schiffe mindestens zwei weiße Matrosen für jedes Rettungsboot in Dienst stellt, wird es zunächst zu einer Vorkonferenz seitens der Seemanns-Union und des in Londoner Hafengebiet allein über 100,000 zählenden englischen Transportarbeitervereins kommen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Elektrifizierung schlesischer Gebirgsbahnen.

Am Dienstag begab sich eine Kommission höherer Eisenbahnbeamten von Breslau nach Königszelt und prüfte von da ausgehend die technischen Einzelheiten des Projektes der Elektrifizierung der schlesischen Gebirgsbahnen. Besonders handelte es sich bei diesen Erwägungen um die Teilsirede Königszelt-Tillersch. Südlich vom Bahnhof Nieder-Salzbrunn wird neben der Bahnstraße Waldenburg-Altwasser ein auf Nieder-Salzbrunn-Gemarkung liegendes Umschaltwerk mit Transformator für die Stromverteilung der elektrischen Kraft errichtet. Der für die in Frage kommenden Strecken erforderliche Strom wird aus einem Privatwerk entnommen, das bei Mittelschne erichtet wird, und es soll von da aus die Verteilung für die Strecken Lauban-Tillerschbach-Königszelt, Dirschberg-Grünthal, Dirschberg-Schmiedeberg-Landesgut, Ruhbant-Liebau und Nieder-Salzbrunn-Dalsstadt erfolgen. Die Arbeiten sind bereits an mehrere große Elektricitätsfirmen vergeben und es wird mit der Aufstellung der Masten demnächst begonnen. Am Bahnhöfen werden keine bauliche Veränderungen vorgenommen, sondern es ist nur die Verstellung der Fahrleitungen erforderlich; außerdem ist allerdings eine Verlegung der Telegraphen- und Fernspreckleitungen nötig, deren Schwachstrom durch den Starkstrom der Fahrleitung sehr beeinträchtigt werden würde.

Streiken, 9. Mai. Zum Tischlerstreik.

Worona, den 9. Mai. Stehen die Tischler hier im Streik. Gefordert wird an Stelle der 6 Stunden, die 6 Stunden wöchentlich Arbeit und die Stundenlohn, die zum Teil nach 26 bis 28 Pf. im höchsten Maße 32 Pf. betragen, um 5 Pf. zu erhöhen. Das hier Geforderte entspricht noch lange nicht den in anderen Orten für Tischler üblichen Verhältnissen und auch die übrigen Verufe in Streiken, als Zimmerer, Maurer, Steinarbeiter und Töpfer, haben längst bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, als wie sie von den Tischlern gefordert werden. Eine Verständigung facilitates an der Rückständigkeit der Streikenden Annahmewilliger, die die mittelalterlichen Verhältnisse für alle Zeit festhalten möchten. Schon vom ersten Streiktag ab, stellte sich die Polizei in den Dienst der Unternehmer-Interessen, indem sie die Streikspitzen an der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten als streikende Arbeiter zu hindern suchte. So wurden Montag Mittag zwei Arbeitswillige aus dem Betrieb Kessel von einem Schutzmännchen nach Hause begleitet. Nach der Vorbildung wird von der Polizei überwacht, um etwa ankommende Tischler gleich unter die schützende Fittige nehmen zu können.

Die streikenden Tischler lassen sich aber dadurch nicht beirren, und sind sehr eifrig, auch in Streiken der Neuzeit entrichtende Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuführen. Dazu ist notwendig, daß der Zugang von Tischlern nach Sirehien streng ferngehalten wird.

Warttha, 9. Mai. Das Bahnprojekt Warttha-Silberberg.

Unter den Projekten, die zur weiteren Erschließung des Eulengebietes in neuester Zeit die Öffentlichkeit beschäftigen, hat das Projekt der Schaffung einer neuen Bahnlinie von Warttha nach Silberberg jetzt greifbare Gestalt angenommen. Es sind Umfragen bei den in Betracht kommenden Gemeinden im Gange, und zwar handelt es sich um eine Vorkonferenz, für die von Silberberg aus in Petrad kommen die Orte Miltasdorf, Driesnig, Grochau, Staudenmühle, Riegersdorf und Warttha. Diese Bahn, deren Kostenanschlag sich in Anbetracht des billigen Bodenpreises verhältnismäßig gering stellt, soll dann in erster Linie dem Touristenverkehr und der Erschließung eines landwirtschaftlich hoch entwickelten Gebietes dienen, dann aber auch dem Magnesitabbau der gehaltvollen Magnesitgruben von Baumgarten und Grochau. sowie dem Holzschlag des Hartkammes rentable Wege weisen. Es wird mit einem lehrhaften Fruchtverkehr auf der gedachten neuen Bahnlinie gerechnet.

Seifershan, 9. Mai. Zu den Brandstiftungen.

wird gemeldet, daß der Stellendehner Wilhelm Förster und sein Sohn wieder aus der Untersuchungshaft in Dirschberg entlassen worden sind. Die Verdachtsmomente gegen die Beiden müssen also durch die Untersuchung keine Bestätigung gefunden haben.

Dirschberg, 9. Mai. Zum Cunnersdorfer Ehedrama.

Das Ende des Cunnersdorfer Ehedramas, in dessen Verlauf sich der Gutsbesitzer Vogel, nachdem er seine Frau durch Schläge und Schüsse verletzt, selbst lebensgefährliche Verwundungen betraucht, ist am Sonntag erfolgt. Vogel ist im hiesigen Krankenhause seinen Verletzungen erlegen.

Blogau, 9. Mai. Eine ständige Feuerwache.

In der letzten Sitzung der Feuerlösch-Deputation wurde beschlossen, ohne Belastung des Orts eine Tageswache einzurichten. Es soll ferner eine Dampftrike angeschafft werden. Die Deputation stimmte ferner der beantragten Auflösung der Pflichtfeuerwehr und der Aufhebung des Abfüßungsmodus zu.

Bromberg, 9. Mai. Todessturz.

Als die Frau des Fleischermeisters Kalksiewski aus Liffowo mit ihrem Gespann nach Kornatowo zur Bahn fuhr, um ihren Mann abzuholen, scheuten plötzlich die Pferde und gingen durch. Der Kutscher und die im Wagen befindlichen Kinder konnten noch rechtzeitig herauspringen. Der Frau K. glückte der Sprung nicht; sie stürzte dabei so unglücklich, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Sohensalza, 9. Mai. Die Zuschüttungsarbeiten.

an der Erdbeinfälle in der Orlowoer Straße nehmen erfolgreich Fortgang. Das Wasser bzw. die darauf schwimmenden Hölzer sind bereits so stark gestiegen, daß man sie von der Umgebung aus sehen kann.

Wissa i. P., 9. Mai. Schmerer Unglücksfall.

Der Landwirt St. pflügte auf seinem Felde. Durch einen Schuß beim Steinsprengen in der Nähe erschreckten die Pferde und gingen durch. St. kam unter den Fluß und wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Grän, 9. Mai. Im Zuge niedergekommen und dann gestorben ist eine Landwirtin aus Steinberg, in Beaufsichtigung zweier Krankenenschwestern und einer Gebarmende die Provinzial-Gebarmen-Heilanstalt nach Wosen gebracht, während die tote geborene Kind wurde nach Wosen gebracht, während die tote Mutter auf der Station starb.

Beziehungen der städtischen Markt-Notierungskommission.
Breslau, den 8. Mai.

Ware	gute	mittlere	schlechte
Wetken, weißer neu	22 70	21 80	21 70
Wetken, gelber neu	22 80	21 70	21 60
Wetken, alte	19 20	18 70	18 60
Wetken, alte	18 80	18 20	18 10
Wetken, alte	19 00	19 40	19 10
Wetken, alte	20	21	24
Wetken, alte	21 80	21	19 80

Acu per 100 Rgr. 6.10-6.60 Mt.
Kampfbrot per 100 Rgr. 6.20-6.80 Mt.
Kampfbrot 100 Rgr. 4.00-4.50 Mt.

Breslauer Weizenmarkt. Weizen, ber. 100 Mto Mt. Bad brunt Weizenmehl 00 feiner, 80.00-80.60 Mt. Weizenmehl 00 feiner, 78.00-78.60 Mt. Weizenmehl 00 feiner, 76.00-76.60 Mt. Weizenmehl 00 feiner, 74.00-74.60 Mt. Weizenmehl 00 feiner, 72.00-72.60 Mt.

Breslauer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht über den Hauptviehmarkt am 8. Mai etc. Der Auftrieb betrug: 1696 Rinder, 2175 Schweine, 1094 Kälber, 168 Schafe. Ueberhand dem vorigen Markte waren: 18 Rinder, 44 Schweine, 45 Kälber.

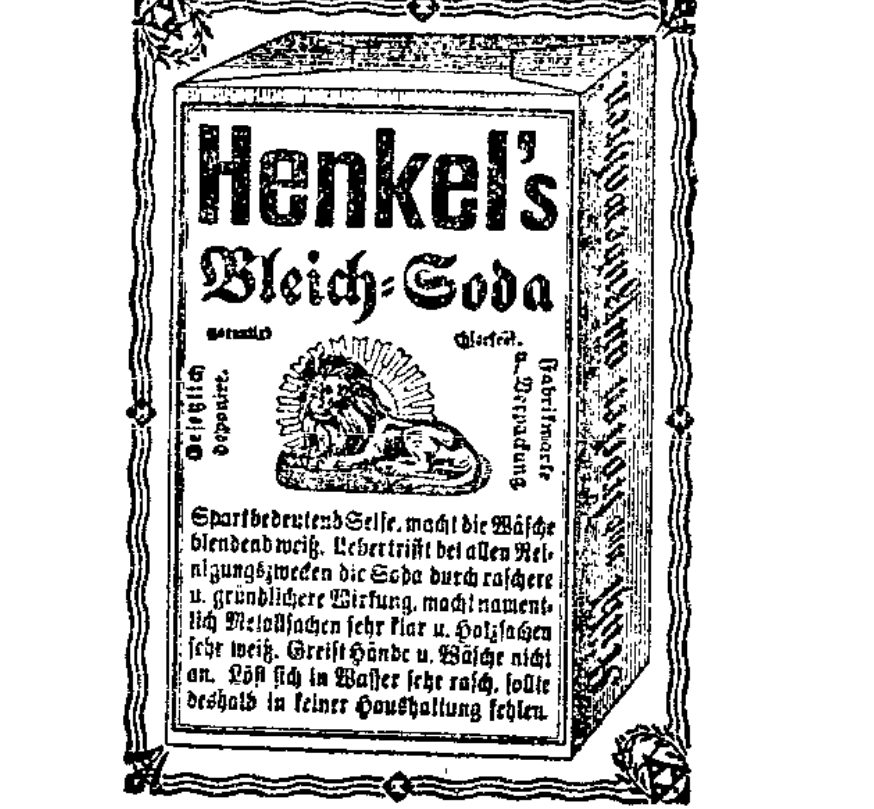
Es wurden geschlachtet für 80 Kilogramm:

Lebens-Gewicht	Schlacht-Gewicht
46-49	70-84
40-44	74-81
36-40	72-80
31-31	68-69
46-49	78-83
40-44	70-74
35-38	64-69
43-46	74-79
39-42	72-78
33-37	68-74
27-31	57-65
23-22	53-55
55-58	92-97
46-50	79-86
38-43	76-86
40-43	78-84
31-35	64-74
21-27	54-64
60-63	75-79
59-62	76-79
56-58	73-75
50-55	67-73
51-55	66-71
63-64	77-78

Bitte lesen! Bitte lesen!

Beim Einkauf von Henkels Bleich-Soda

achte man genau auf unterstehende Packung u. weise Nachahmungen, da meistens minderwertig, energielos zurück.



Nordsee

Hauptgeschäfte:
Schmiedebörde Nr. 10
Telephon 3284.

Filialen: Kaiser-Wilhelmstr., Wahnboogen, Tel. 4233; Grabföhner: Straße 24, Tel. 5687; Neudorferstraße 78/75, Tel. 3284.

Ferner: Marthalle I, Ritterplatz, Leuthenstraße 16, Klosterstr. 55, Kaiserstraße 61, 62/65

Angelfisch	Pfd. 50.55	Cabljan	Pfd. 20
Bratfisch	22	Seelachs	20
Seehuhn	40	Schellfisch	45
Bratfisch	32	Musternfisch	40
Krautfisch	35		
Gulbarsch	30		

Am Freitag nachmittag erwarten wir:
10000 Pfd. Isländer Schellfisch
Verkaufspreis im Ausschmitt: **20 Pf.**
Feinste Voll-Bücklinge große Störweger, Kiste zu ca. 30 Stk. Nr. 1.75
Dänische 36 1.75
Güte Stel. Sprött., Kiste Nr. 2.50., Kettfrott. Kiste Nr. 1.50